

**Vorhabendokumentation der
Bundesregierung (Auswahl)**

- auf Basis der Ressortmeldungen -

Vorhabendokumentation der Bundesregierung (Auswahl)
- auf Basis der Ressortmeldungen -

Vorbemerkungen

Die Vorhabendokumentation (VD) stellt eine Auswahl bedeutsamer Vorhaben der Bundesregierung dar und soll den Ressorts einen Überblick über den aktuellen Planungs- und Umsetzungsstand der Regierungspolitik während der Legislaturperiode ermöglichen. Die VD basiert auf den Vorhabenmeldungen der Ressorts für das im Bundeskanzleramt geführte datenbankgestützte Informationssystem zur Vorhabenplanung der Bundesregierung und wird in monatlichen Fortschreibungen (jeweils zum 15. d.M.) aktualisiert.

Die VD spiegelt insbesondere die in der Koalitionsvereinbarung und der Regierungserklärung festgelegten Schwerpunkte der Regierungsarbeit wider und enthält darüber hinaus Vorhaben von besonderer politischer oder finanzieller Bedeutung.

Vorhabendokumentation der Bundesregierung (Auswahl)
- auf Basis der Ressortmeldungen -

- Inhaltsverzeichnis -

BMWi.....	1
AA	23
BMI	24
BMJV	29
BMF	44
BMAS	51
BMEL.....	59
BMVg.....	64
BMFSFJ.....	67
BMG	71
BMVI.....	73
BMUB	81
BMBF	86
BKM.....	91

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 1 BMW 1809030
Vorhaben			
Gesetz zur Weiterentwicklung des Strommarktes (Strommarktgesetz)			
Inhalt			
<p>Weiterentwicklung des Strommarktes: Durch das Strommarktgesetz sollen die Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die Stromversorgung kosteneffizient und umweltverträglich weiterzuentwickeln sowie die Versorgungssicherheit bei der Transformation des Energieversorgungssystems zu gewährleisten. Im Strommarktgesetz werden unter anderem folgende Inhalte geregelt: Stärkung der Marktmechanismen, Anpassung des Bilanzkreis- und Ausgleichsenergiesystems, Maßnahmen zur Optimierung des Stromversorgungssystems, um Versorgungssicherheit zu stärken, Maßnahmen zur Flexibilisierung des Stromversorgungssystems, Reduzierung der Netzausbaukosten durch die Spitzenkappung von erneuerbaren Energien, Abschaffung der vermiedenen Netznutzungsentgelte ab 2021, Erhöhung der Transparenz im Strommarkt, Weiterentwicklung und Verlängerung der bestehenden Netzreserve, Einführung einer Kapazitätsreserve, Einführung einer Sicherheitsbereitschaft für Braunkohlekraftwerke. Vorab fand ein Grün- und Weißbuchprozess statt. Viele Maßnahmen des Weißbuches werden im Strommarktgesetz umgesetzt.</p>			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf Kabinett Bundesrat, 1. Durchgang Bundestag, 1. Lesung Bundestag, 2. und 3. Lesung Bundesrat, 2. Durchgang Inkrafttreten		 04.11.15 18.12.15 28.01.16 17.03.16- 18.03.16 22.04.16	
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 2 BMW 1809032										
<p>Vorhaben</p> <p>Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben und der Allgemeinen Bundesbergverordnung</p> <p>Inhalt</p> <p>Es handelt sich um eine Mantelverordnung, in der beide Verordnungen im Bezug auf die Fracking Technologie geändert werden. Nach Vereinbarung der Koalitionspartner wird zukünftig jede Aufsuchung und Gewinnung von Erdöl Erdgas oder Erdwärme unter Einsatz der Facking-Technologie eine Umweltverträglichkeitsprüfung mit detaillierter Analyse der vorhabenspezifischen Umweltauswirkungen durchgeführt werden müssen. Eine obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung im Rahmen eines transparenten Planfeststellungsverfahrens mit Öffentlichkeitsbeteiligung stellt sicher, dass sämtliche Belange des Umweltschutzes sorgfältig und strukturiert beurteilt werden können. Die Allgemeine Bundesbergverordnung wird um allgemeine Anforderungen an die Durchführung von Frackingtätigkeiten ergänzt.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja</p> <table border="1" data-bbox="159 1254 1276 1478"> <thead> <tr> <th data-bbox="159 1254 1005 1299">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1005 1254 1276 1299">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="159 1299 1005 1344">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1005 1299 1276 1344">09.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1344 1005 1388">Kabinett</td> <td data-bbox="1005 1344 1276 1388">01.04.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1388 1005 1433">Bundesrat</td> <td data-bbox="1005 1388 1276 1433">02.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1433 1005 1478">Inkrafttreten</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	09.14	Kabinett	01.04.15	Bundesrat	02.16	Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin												
Referentenentwurf	09.14												
Kabinett	01.04.15												
Bundesrat	02.16												
Inkrafttreten													

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 3 BMW 1809033
Vorhaben Zweites Gesetz zur Änderung des Telemediengesetzes (Zweites Telemedienänderungsgesetz; 2. TMGÄndG)			
Inhalt Durch eine gesetzliche Klarstellung, dass WLAN Betreiber als Accessprovider unter die Haftungsprivilegierung des Telemediengesetzes (TMG) fallen, soll Rechtssicherheit für diese WLAN-Betreiber geschaffen werden. Umfassende Rechtssicherheit wird indes nur erreicht, wenn der Betreiber eines öffentlichen WLAN auch nicht länger als Störer auf Unterlassung in Anspruch genommen werden kann. Daher wird zusätzlich im TMG klargestellt, dass auch kein Anspruch auf Unterlassung oder Beseitigung besteht, sofern der Betreiber eines öffentlichen WLAN zumutbare Pflichten erfüllt hat. Das Kriterium der "zumutbaren Pflicht" soll durch Fallbeispiele konkretisiert werden. Schließlich soll klargestellt werden, dass sich Hostprovider, deren Geschäftsmodell im Wesentlichen auf der Verletzung von Urheberrechten aufbaut, nicht länger auf das Haftungsprivileg des § 10 TMG zurückziehen können.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf		11.03.15	
Kabinett		16.09.15	
Bundesrat, 1. Durchgang		06.11.15	
Bundestag, 1. Lesung		03.12.15	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		28.01.16-	
		29.01.16	
Bundesrat, 2. Durchgang		26.02.16	
Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 4 BMW 1809036												
<p>Vorhaben</p> <p>Strategie Intelligente Vernetzung</p> <p>Inhalt</p> <p>Die Bundesregierung entwickelt ressortübergreifend im Rahmen der "Digitalen Agenda" (Vorhaben 18 09 034) eine Strategie zur Unterstützung des Ausbaus von Informations- und Kommunikationstechnologien in den Bereichen Bildung, Energie, Gesundheit, Verkehr und Verwaltung. Vertreter von Ländern, Kommunen, Unternehmen, Gewerkschaften, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sind in den Strategieprozess eingebunden. Laufende Aktivitäten der Ressorts (z. B. E-Health-Initiative BMG, E-Government-Strategie BMI) werden mit einem komplementären, sektorübergreifenden Strategieansatz aus der Querschnittssicht der IKT-Politik unterstützt.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein</p> <table border="1" data-bbox="161 1265 1372 1512"> <thead> <tr> <th data-bbox="161 1265 1005 1310">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1005 1265 1372 1310">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="161 1310 1005 1355">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1005 1310 1372 1355"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1355 1005 1400">Kabinett</td> <td data-bbox="1005 1355 1372 1400">16.09.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1400 1005 1444">Bundestag</td> <td data-bbox="1005 1400 1372 1444">12.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1444 1005 1489">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td data-bbox="1005 1444 1372 1489">01.16-02.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1489 1005 1512">Bundesrat</td> <td data-bbox="1005 1489 1372 1512"></td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf		Kabinett	16.09.15	Bundestag	12.15	Bundestag, 2. und 3. Lesung	01.16-02.16	Bundesrat	
Zeitplanung	Termin														
Referentenentwurf															
Kabinett	16.09.15														
Bundestag	12.15														
Bundestag, 2. und 3. Lesung	01.16-02.16														
Bundesrat															

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 5 BMW 1809048										
<p>Vorhaben</p> <p>Verordnung über technische Mindestanforderungen an den sicheren und interoperablen Aufbau und Betrieb von öffentlich zugänglichen Ladepunkten für Elektromobile</p> <p>Inhalt</p> <p>Die Verordnung regelt technische Mindestanforderungen an den sicheren und interoperablen Aufbau und Betrieb von öffentlich zugänglichen Ladepunkten für Elektromobile. Sie dient u.a. der Umsetzung der EU-Richtlinie über den Ausbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (2014/94/EU) hinsichtlich verbindlicher Vorgaben für Steckdosen und Fahrzeugkupplungen bei öffentlich zugänglichen Ladepunkten. Darüber hinaus regelt die Verordnung die Verpflichtung der Betreiber von Ladepunkten, den Aufbau und die Außerbetriebnahme von Ladepunkten der Bundesnetzagentur anzuzeigen und die Einhaltung der Sicherheits- und Interoperabilitätsanforderungen bei Schnellladepunkten nachzuweisen. Die Verordnung sieht das Recht der Bundesnetzagentur vor, die Einhaltung der Anforderungen dieser Verordnung (ggf. anhand von Unterlagen) zu überprüfen und den Betrieb von Ladepunkten zu untersagen.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja</p> <table border="1" data-bbox="164 1261 1369 1462"> <thead> <tr> <th data-bbox="164 1261 1005 1310">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1005 1261 1369 1310">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="164 1310 1005 1355">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1005 1310 1369 1355"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="164 1355 1005 1400">Kabinett</td> <td data-bbox="1005 1355 1369 1400">28.10.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="164 1400 1005 1444">Bundesrat</td> <td data-bbox="1005 1400 1369 1444">26.02.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="164 1444 1005 1462">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="1005 1444 1369 1462"></td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf		Kabinett	28.10.15	Bundesrat	26.02.16	Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin												
Referentenentwurf													
Kabinett	28.10.15												
Bundesrat	26.02.16												
Inkrafttreten													

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 6 BMW 1809054																
<p>Vorhaben</p> <p>Gesetz zur Ausdehnung der Bergschadenshaftung auf den Bohrlochbergbau und Kavernen</p> <p>Inhalt</p> <p>In einem Mantelgesetz werden das Bundesberggesetz (BBergG) und die Einwirkungsbereichs-Bergverordnung (EinwirkungsBV) geändert. Ziel ist, durch die Änderungen die Anwendung des Bergschadensrecht auf den Bohrlochbergbau und Kavernen auszuweiten. Die Vorhaben werden wegen des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam mit den Änderungen am WHG und der UVP-V Bergbauins Kabinett gegeben.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein</p> <table border="1" data-bbox="161 1263 1369 1585"> <thead> <tr> <th data-bbox="161 1263 1007 1308">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1007 1263 1369 1308">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="161 1308 1007 1352">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1007 1308 1369 1352">10.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1352 1007 1397">Kabinett</td> <td data-bbox="1007 1352 1369 1397">01.04.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1397 1007 1442">Bundestag, 1. Lesung</td> <td data-bbox="1007 1397 1369 1442">07.05.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1442 1007 1487">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td data-bbox="1007 1442 1369 1487">08.05.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1487 1007 1532">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td data-bbox="1007 1487 1369 1532">02.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1532 1007 1576">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td data-bbox="1007 1532 1369 1576">03.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1576 1007 1621">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="1007 1576 1369 1621"></td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	10.14	Kabinett	01.04.15	Bundestag, 1. Lesung	07.05.15	Bundesrat, 1. Durchgang	08.05.15	Bundestag, 2. und 3. Lesung	02.16	Bundesrat, 2. Durchgang	03.16	Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin																		
Referentenentwurf	10.14																		
Kabinett	01.04.15																		
Bundestag, 1. Lesung	07.05.15																		
Bundesrat, 1. Durchgang	08.05.15																		
Bundestag, 2. und 3. Lesung	02.16																		
Bundesrat, 2. Durchgang	03.16																		
Inkrafttreten																			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 7 BMWl
		Datenblatt-Nummer	1809063

Vorhaben

Gesetz zur Auswahl und zum Anschluss von Telekommunikations-Endgeräten - TK-Endgerätegesetz

Inhalt

Das Gesetzesvorhaben dient der Anpassung der gesetzlichen Normen über den Zugang zum öffentlichen Telekommunikationsnetz im Gesetz über Funkanlagen und Telekommunikationsendeinrichtungen (FTEG) und im Telekommunikationsgesetz (TKG), um die Endgerätefreiheit zu gewährleisten. Dazu wird festgelegt, dass die TK-Diensteanbieter dem Teilnehmer den Anschluss und die Nutzung bestimmter Telekommunikationsendeinrichtungen nicht zwingend vorschreiben dürfen. Der Netzzugang ist als passiver Netzabschlusspunkt auszugestalten.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein

Zeitplanung**Termin**

Referentenentwurf	12.14
Kabinett	12.08.15
Bundesrat, 1. Durchgang	25.09.15
Bundestag, 1. Lesung	15.10.15
Bundestag, 2. und 3. Lesung	05.11.15
Bundesrat, 2. Durchgang	27.11.15
Inkrafttreten	02.16

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 8 BMW
		Datenblatt-Nummer	1809067

Vorhaben

Gesetz zur Änderung der Vorschriften zur Vergabe von Wegenutzungsrechten zur leitungsgebundenen Energieversorgung im Energiewirtschaftsgesetz

Inhalt

Bedingt durch die Herausforderungen der Energiewende richtet sich das Energieversorgungssystem immer dezentraler aus. Nicht zuletzt durch die Erkenntnisse der Studie „Moderne Verteilernetze für Deutschland“ rücken die Verteilernetze als „Rückgrat der Energiewende“ daher verstärkt in den Blickpunkt. Hiermit steht die Frage, wer die Rechte zur Nutzung der gemeindlichen Wege zur leitungsgebundenen Energieversorgung („Konzessionen“) innehat, in unmittelbarem Zusammenhang. Denn nur von diesem Recht lässt sich das Recht zum Betrieb der Verteilernetze ableiten. Die Antwort auf die Frage, wer in Deutschland künftig über die Konzessionen verfügen soll, definiert somit die Verteilernetzbetreiberstruktur in Deutschland. Aktuell gibt es knapp 900 Betreiber von Stromverteilernetzen – eine im internationalen Vergleich immens hohe Zahl. Auf den Gasnetzbetrieb kommen solche großen Herausforderungen aller Voraussicht nach nicht zu. Allerdings würde eine unterschiedliche Konzeption im Rahmen der Vergabe der Wegenutzungsrechte der einheitlichen Ausgestaltung des EnWG samt Regulierung der Strom- und Gasnetze widersprechen, zumal die Wegenutzungsrechte häufig gemeinsam ausgeschrieben werden. Über die Konzessionsvergabe wird im Allgemeinen alle 20 Jahre neu entschieden. Eine einfache Verlängerung oder Neuvergabe dieser Verträge ist nicht zulässig. Zuvor ist verpflichtend ein wettbewerbliches, in § 46 EnWG gesetzlich verankertes Konzessionsvergabeverfahren nach europäischem Primärrecht transparent und diskriminierungsfrei durchzuführen. Ziel der geplanten Novelle ist die Erhöhung der Rechtssicherheit im Rahmen dieses Konzessionsvergabeverfahrens.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein

Zeitplanung**Termin**

Referentenentwurf	
Kabinett	02.16
Bundesrat, 1. Durchgang	03.16
Bundestag, 1. Lesung	04.16
Bundestag, 2. und 3. Lesung	04.16
Bundesrat, 2. Durchgang	05.16
Inkrafttreten	

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 9
		Datenblatt-Nummer	BMW 1809073
Stand: 19.01.2016			

Vorhaben

Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts (Umsetzung der EU-Vergaberichtlinien 2014)

Inhalt

Umsetzung der drei neuen EU-Vergaberichtlinien im vierten Teil des GWB. Ziel ist es, ein anwenderfreundliches und modernes Vergaberecht zu schaffen, das rechtssichere Vergaben im Wettbewerb und die wirtschaftliche Verwendung öffentlicher Haushaltsmittel ermöglicht. Grundlage sind die vom Bundeskabinett am 7.1.2015 verabschiedeten Eckpunkte zur Reform des Vergaberechts.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja

Zeitplanung**Termin**

Referentenentwurf	04.15
Kabinett	08.07.15
Bundesrat, 1. Durchgang	25.09.15
Bundestag, 1. Lesung	16.10.15
Bundestag, 2. und 3. Lesung	17.12.15
Bundesrat, 2. Durchgang	18.12.16
Inkrafttreten	

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 10 BMW 1809093										
<p>Vorhaben</p> <p>Bergverordnung für den Offshorebereich (Offshore-Bergverordnung - Offshore-BergV)</p> <p>Inhalt</p> <p>Das Vorhaben dient der Umsetzung der Richtlinie 2013/30/EU über die Sicherheit von Offshore-Erdöl- und -Erdgasaktivitäten und zur Änderung der Richtlinie 2004/35/EG (ABL. L 178 vom 28.06.2013, S. 66). Vorrangiges Ziel dieser Richtlinie ist es, die Häufigkeit von schweren Unfällen im Zusammenhang mit Offshore-Erdöl- und -Erdgasaktivitäten so weit wie möglich zu verringern und ihre Folgen zu begrenzen. Hierdurch sollen der Schutz der Meeresumwelt und der Wirtschaft in Küstenregionen vor Umweltverschmutzung erhöht, Mindestbedingungen für die sichere Aufsuchung und Gewinnung von Erdöl und Erdgas im Offshore-Bereich festgelegt, mögliche Unterbrechungen der heimischen Energieproduktion in der Union verringert und die Notfallmechanismen im Falle eines Unfalls verbessert werden. Die Anforderungen der Richtlinie 2013/30/EU sind im Bereich des Bergrechts in einer neuen Bundesverordnung umzusetzen, die auch die bisher in der Festlandsockel-Bergverordnung und dem Anhang 3 der Allgemeinen Bundesbergverordnung geltenden nationalen Regelungen übernimmt. Einzelne Aspekte der Richtlinie 2013/30/EU werden aufgrund der Rechtssystematik im Wasserhaushaltsgesetz (WHG) und Umweltschadensgesetz (USchadG) (hier: die Änderung der Richtlinie 2004/35/EG) sowie in der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben (UVP-V Bergbau) (hier: die Frage der Öffentlichkeitsbeteiligung) umgesetzt.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja</p> <table border="1" data-bbox="161 1265 1374 1467"> <thead> <tr> <th data-bbox="161 1265 1021 1310">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1021 1265 1374 1310">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="161 1310 1021 1355">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1021 1310 1374 1355">09.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1355 1021 1400">Kabinett</td> <td data-bbox="1021 1355 1374 1400">03.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1400 1021 1444">Bundesrat</td> <td data-bbox="1021 1400 1374 1444">05.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1444 1021 1467">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="1021 1444 1374 1467"></td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	09.15	Kabinett	03.16	Bundesrat	05.16	Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin												
Referentenentwurf	09.15												
Kabinett	03.16												
Bundesrat	05.16												
Inkrafttreten													

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 11 BMW 1809101
Vorhaben			
Gesetz zur Nachhaftung für Rückbau- und Entsorgungskosten im Kernenergiebereich			
Inhalt			
<p>Das Gesetz bestimmt eine Haftung der Kernkraftwerke in Deutschland betreibenden Konzerne (d.h. E.ON SE, RWE AG, EnBW AG und Vattenfall AB) für die finanziellen Verpflichtungen ihrer KKW-Betreiber („Konservierung“ der aktuellen Haftungssituation) bis zum Abschluss von Stilllegung und Rückbau ihrer Kernkraftwerke sowie Entsorgung und Endlagerung der nuklearen Abfälle. Den Folgen möglicher Verkleinerungen des Haftungsvermögens und Beendigungen von Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträgen innerhalb der Konzerne wird durch diese gesetzliche Sonder-Regelung für den Nuklearbereich entgegengewirkt. Sie begrenzt dadurch die finanziellen Risiken der öffentlichen Haushalte bei einer Insolvenz der Betreibergesellschaft im Hinblick auf die Erfüllung von deren nuklearen Entsorgungsverpflichtungen.</p>			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf			
Kabinett		14.10.15	
Bundesrat, 1. Durchgang		06.11.15	
Bundestag, 1. Lesung		12.11.15	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		02.16	
Bundesrat, 2. Durchgang		26.02.16	
Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 12 BMW 1809102																
<p>Vorhaben</p> <p>Gesetz zur Einführung einer Berufszulassungsregelung für gewerbliche Immobilienmakler und Verwalter von Wohnungseigentum</p> <p>Inhalt</p> <p>Für Immobilienmakler und Wohnungseigentumsverwalter soll eine Berufszulassungsregelung in der Gewerbeordnung geschaffen werden. Als neue Voraussetzungen für die Erteilung der gewerberechtlichen Erlaubnis für Immobilienmakler und Wohnungseigentumsverwalter sollen ein Sachkundenachweis und der Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung eingeführt werden.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein</p> <table border="1" data-bbox="161 1265 1380 1601"> <thead> <tr> <th data-bbox="161 1265 1013 1310">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1013 1265 1380 1310">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="161 1321 1013 1355">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1013 1321 1380 1355"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1355 1013 1388">Kabinett</td> <td data-bbox="1013 1355 1380 1388">02.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1388 1013 1422">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td data-bbox="1013 1388 1380 1422"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1422 1013 1456">Bundestag, 1. Lesung</td> <td data-bbox="1013 1422 1380 1456"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1456 1013 1489">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td data-bbox="1013 1456 1380 1489"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1489 1013 1523">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td data-bbox="1013 1489 1380 1523"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1523 1013 1556">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="1013 1523 1380 1556"></td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf		Kabinett	02.16	Bundesrat, 1. Durchgang		Bundestag, 1. Lesung		Bundestag, 2. und 3. Lesung		Bundesrat, 2. Durchgang		Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin																		
Referentenentwurf																			
Kabinett	02.16																		
Bundesrat, 1. Durchgang																			
Bundestag, 1. Lesung																			
Bundestag, 2. und 3. Lesung																			
Bundesrat, 2. Durchgang																			
Inkrafttreten																			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 13 BMWi 1809107
Vorhaben			
Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende			
Inhalt			
Regelungen zur Umsetzung der Kosten-Nutzen-Analyse Smart Meter Rollout: Beschreibung eines Rollout-Pfades, energiewirtschaftliche Zuordnung des Messsystembetriebes, technische Mindestanforderungen an den Einsatz intelligenter Messsysteme und moderner Messeinrichtungen (einschl. Datenschutz und -sicherheit), Regelungen zur zulässigen, aber auch zwingend erforderlichen Erhebung, Verarbeitung und Nutzung - insbesondere von personenbezogenen - Daten			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf Kabinett Bundesrat, 1. Durchgang Bundestag, 1. Lesung Bundestag, 2. und 3. Lesung Bundesrat, 2. Durchgang Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 14 BMWi 1809116
Vorhaben			
VO zur Pilotausschreibung zur Einbeziehung ausländischen Stroms			
Inhalt			
<p>Das EEG 2014 sieht vor, dass im Rahmen der Umstellung auf Ausschreibungen ab 2017 mindestens 5 % des jährlichen Zubaus europaweit ausgeschrieben werden. Für die Zeit von 2015 und 2016 ist zunächst vorgesehen, im Rahmen der Pilotausschreibungen im Bereich PV-Freifläche die Förderung teilweise für ausländischen Strom zu öffnen, insbesondere um Erfahrungen mit der Öffnung und den gesetzlich definierten Voraussetzungen zu sammeln. Die VO soll die Vorgaben des EEG für die teilweise grenzüberschreitende Öffnung der Pilotausschreibungen regeln. Dazu gehören u.a. Fragen des physikalischen Imports bzw. einer gleichartigen Wirkung auf dem deutschen Strommarkt und die Ausgestaltung der Gegenseitigkeit der Öffnung mit dem Partnerland, sowie eine Reihe technischer Anpassungen der Regelungen des EEG, um die Anwendung auf grenzüberschreitende Sachverhalte sachgerecht zu ermöglichen.</p>			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf Kabinett Bundestag Bundesrat Inkrafttreten		03.16	
Anmerkungen			

<p>Vorhabendokumentation der Bundesregierung</p> <p>Stand: 19.01.2016</p>	<p>18. Legislaturperiode</p>	<p>Federführendes Ressort</p> <p>Datenblatt-Nummer</p>	<p>Seite 15</p> <p>BMWi</p> <p>1809121</p>																
<p>Vorhaben</p> <p>Energiestatistikgesetz</p> <p>Inhalt</p> <p>Der Entwurf des EnStatG enthält notwendige Regelungen zur Bereitstellung von Daten, die für die Gestaltung der energiepolitischen Rahmenbedingungen für eine sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung und zur Erfüllung nationaler und internationaler Berichtspflichten benötigt werden. Wesentliche Neueregulungen sind: - Einbeziehung neuer Marktteilnehmer (Strom- und Gashändler, Netzbetreiber, Speicher- und Transportgesellschaften) - monatliche statt bisher jährliche Erhebung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien - Ergänzung des Erhebungsprogramms zur Erfüllung internationaler Berichtspflichten (z.B. Gasschnellstatistik für Eurostat) - Verzicht auf einzelne Erhebungselemente zur partiellen Reduzierung der Belastung der Energiewirtschaft (z.B. Engpassleistung, Höchstlast) - Vermeidung von Doppelerhebungen durch bessere Koordinierung statistischer Institutionen (Marktstammdatenregister) - Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen zur künftigen Nutzung energie-relevanter Verwaltungsdaten durch die statistischen Ämter.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein</p> <table border="1" data-bbox="161 1254 1369 1590"> <thead> <tr> <th data-bbox="161 1254 1005 1310">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1005 1254 1369 1310">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="161 1310 1005 1355">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1005 1310 1369 1355">12.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1355 1005 1400">Kabinett</td> <td data-bbox="1005 1355 1369 1400">03.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1400 1005 1444">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td data-bbox="1005 1400 1369 1444">04.16-05.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1444 1005 1489">Bundestag, 1. Lesung</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1489 1005 1534">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1534 1005 1579">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1579 1005 1590">Inkrafttreten</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	12.15	Kabinett	03.16	Bundesrat, 1. Durchgang	04.16-05.16	Bundestag, 1. Lesung		Bundestag, 2. und 3. Lesung		Bundesrat, 2. Durchgang		Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin																		
Referentenentwurf	12.15																		
Kabinett	03.16																		
Bundesrat, 1. Durchgang	04.16-05.16																		
Bundestag, 1. Lesung																			
Bundestag, 2. und 3. Lesung																			
Bundesrat, 2. Durchgang																			
Inkrafttreten																			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 16 BMWi 1809122
Vorhaben			
Jahreswirtschaftsbericht (JWB) 2016			
Inhalt			
Gemäß § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StabG) enthält der JWB - eine Stellungnahme der Bundesregierung zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung - die Jahresprojektion der Bundesregierung - eine Darlegung der Bundesregierung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf Kabinett Bundestag Bundesrat		27.01.16	
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 17
		Datenblatt-Nummer	BMWi NEU 1809123

Vorhaben

Gesetz zur Einführung von Ausschreibungen für Strom aus erneuerbaren Energien und zu weiteren Änderungen des Rechts der erneuerbaren Energien

Inhalt

Einführung von Ausschreibungen für Windenergieanlagen an Land, große Photovoltaikdachanlagen und Windenergieanlagen auf See. Zu diesem Zweck wird die Bundesnetzagentur (BNetzA) die Zahlungen für Strom aus neue Anlagen regelmäßig ausschreiben. Dabei werden die Ausschreibungsvolumen so bemessen, dass der Ausbaukorridor (40 bis 45 Prozent Erneuerbaren-Anteil im Jahr 2025) eingehalten wird. Bei der Umstellung auf Ausschreibungen soll die hohe Akteursvielfalt gewahrt bleiben.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein

Zeitplanung**Termin**

Referentenentwurf	12.15
Kabinett	09.03.16
Bundesrat, 1. Durchgang	22.04.16
Bundestag, 1. Lesung	12.05.16
Bundestag, 2. und 3. Lesung	23.06.16- 24.06.16
Bundesrat, 2. Durchgang	08.07.16
Inkrafttreten	01.09.16

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 18 BMWi 1809124										
<p>Vorhaben</p> <p>Verordnung zur Regelung des Verfahrens der Beschaffung, des Einsatzes und der Abrechnung einer Kapazitätsreserve</p> <p>Inhalt</p> <p>Die Verordnung regelt die Beschaffung, den Einsatz und die Abrechnung der Kapazitätsreserve. Die Beschaffung erfolgt durch Ausschreibung. Diese führen die Übertragungsnetzbetreiber durch. Die Kapazitätsreserve wird nur auf Anforderung der Übertragungsnetzbetreiber eingesetzt. Die Übertragungsnetzbetreiber rechnen zudem gegenüber den Kraftwerksbetreibern ab und wälzen die Kosten, abzüglich eventueller Erlöse, in die Netzentgelte. Die Bundesnetzagentur überwacht die Durchführung der Verordnung durch die ÜNB. Sie kann im Einzelfall Festlegungen zu Details der Beschaffung und der Abrechnung treffen.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein</p> <table border="1" data-bbox="162 1265 1374 1473"> <thead> <tr> <th data-bbox="162 1265 1005 1317">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1005 1265 1374 1317">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="162 1317 1005 1355">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1005 1317 1374 1355"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="162 1355 1005 1393">Kabinett</td> <td data-bbox="1005 1355 1374 1393">04.11.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="162 1393 1005 1431">Bundesrat</td> <td data-bbox="1005 1393 1374 1431"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="162 1431 1005 1473">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="1005 1431 1374 1473">04.16</td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf		Kabinett	04.11.15	Bundesrat		Inkrafttreten	04.16
Zeitplanung	Termin												
Referentenentwurf													
Kabinett	04.11.15												
Bundesrat													
Inkrafttreten	04.16												

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 19 BMW 1809129														
<p>Vorhaben</p> <p>Verordnung zur Modernisierung des Vergaberechts</p> <p>Inhalt</p> <p>Umsetzung der drei neuen EU-Vergaberichtlinien durch Erlass einer Rechtsverordnung auf der Grundlage des novellierten Teil 4 des GWB. Ziel der Vergaberechtsreform ist es, ein anwenderfreundliches und modernes Vergaberecht zu schaffen, das rechtssichere Vergaben im Wettbewerb und die wirtschaftliche Verwendung öffentlicher Haushaltsmittel ermöglicht. Grundlage sind die vom Bundeskabinett am 7.1.2015 verabschiedeten Eckpunkte zur Reform des Vergaberechts.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja</p> <table border="1" data-bbox="161 1254 1369 1568"> <thead> <tr> <th data-bbox="161 1254 989 1299">Zeitplanung</th> <th data-bbox="989 1254 1369 1299">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="161 1299 989 1344">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="989 1299 1369 1344">09.11.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1344 989 1388">Kabinett</td> <td data-bbox="989 1344 1369 1388">20.01.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1388 989 1433">Bundestag</td> <td data-bbox="989 1388 1369 1433">28.01.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1433 989 1478">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td data-bbox="989 1433 1369 1478">26.02.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1478 989 1523">Bundesrat</td> <td data-bbox="989 1478 1369 1523">18.03.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1523 989 1568">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="989 1523 1369 1568"></td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	09.11.15	Kabinett	20.01.16	Bundestag	28.01.16	Bundestag, 2. und 3. Lesung	26.02.16	Bundesrat	18.03.16	Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin																
Referentenentwurf	09.11.15																
Kabinett	20.01.16																
Bundestag	28.01.16																
Bundestag, 2. und 3. Lesung	26.02.16																
Bundesrat	18.03.16																
Inkrafttreten																	

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 20 BMW 1809132										
<p>Vorhaben</p> <p>Verordnung zu durchschnittlichen Strompreisen in der Besonderen Ausgleichsregelung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes</p> <p>Inhalt</p> <p>Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2014) sieht mit der Besonderen Ausgleichsregelung vor, dass die EEG-Umlage für stromkostenintensive Unternehmen begrenzt wird. Unternehmen sind stromkostenintensiv, wenn bei ihnen die maßgeblichen Stromkosten einen bestimmten Anteil ihrer Bruttowertschöpfung ausmachen. Maßgeblich sind hierbei bisher die unternehmensspezifischen, tatsächlichen Stromkosten. Die Stromkostenintensität soll künftig anhand durchschnittlicher Strompreise von stromkostenintensiven Unternehmen mit ähnlichen Stromverbräuchen bemessen werden. Unternehmen werden anhand ihres Stromverbrauchs sowie der Zahl der Vollbenutzungsstunden in bis zu 64 Gruppen eingeteilt, innerhalb derer sich der Durchschnittsstrompreis aus den dort erfassten individuellen Preisen ergibt. Hierdurch soll verhindert werden, dass die Stromkostenintensität eines Unternehmens durch Preisgestaltungen beim Strompreis künstlich erhöht wird. Soweit bei der Umsetzung Handlungsspielräume bestanden, wurde jeweils die wirtschaftsfreundlichste Variante gewählt, damit die Auswirkungen auf die betroffenen Unternehmen minimiert werden.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein</p> <table border="1" data-bbox="161 1265 1369 1473"> <thead> <tr> <th data-bbox="161 1265 1005 1317">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1005 1265 1369 1317">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="161 1317 1005 1355">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1005 1317 1369 1355">16.12.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1355 1005 1393">Kabinett</td> <td data-bbox="1005 1355 1369 1393">17.02.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1393 1005 1431">Bundesrat</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1431 1005 1473">Inkrafttreten</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	16.12.15	Kabinett	17.02.16	Bundesrat		Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin												
Referentenentwurf	16.12.15												
Kabinett	17.02.16												
Bundesrat													
Inkrafttreten													

<p>Vorhabendokumentation der Bundesregierung</p> <p>Stand: 19.01.2016</p>	<p>18. Legislaturperiode</p>	<p>Federführendes Ressort</p> <p>Datenblatt-Nummer</p>	<p>Seite 21</p> <p>BMWi</p> <p>1809133</p>
<p>Vorhaben</p> <p>Rüstungsexportbericht für das Jahr 2015</p> <p>Inhalt</p> <p>Statistische und beschreibende Unterrichtung des BMWi für Parlament und Öffentlichkeit über die Exportpolitik im Bereich Rüstungsgüter für das Jahr 2015</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein</p>			
<p>Zeitplanung</p>		<p>Termin</p>	
<p>Referentenentwurf Kabinett Bundestag Bundesrat</p>		<p>06.16</p>	
<p>Anmerkungen</p>			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 22 BMW NEU 1809139												
Vorhaben															
Verordnung über Vereinbarungen zu abschaltbaren Lasten															
Inhalt															
<p>Abschaltbare Lasten im Sinne dieser Verordnung sind bestimmte Verbrauchseinrichtungen, die zuverlässig ihre Verbrauchsleistung auf Anforderung der Übertragungsnetzbetreiber um eine bestimmte Leistung reduzieren können. Durch diese Reduktion der Verbrauchsleistung können abschaltbare Lasten bei Einhaltung spezifischer weiterer technischer Anforderungen zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems in verschiedenen Situationen im deutschen Übertragungsnetz beitragen und wachsende sowie sich ändernde Bedarfe an marktbezogenen Maßnahmen im Rahmen der Systemverantwortung der Betreiber von Übertragungsnetzen decken helfen. Die sichere Erschließung von Potenzialen abschaltbarer Lasten und ihre Nutzung durch die Betreiber von Übertragungsnetzen bedarf eines Rechtsrahmens, der den Beteiligten hinreichend verlässliche Rahmenbedingungen setzt.</p>															
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein															
<table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="161 1252 1007 1314">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1007 1252 1437 1314">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="161 1314 1007 1355">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1007 1314 1437 1355">18.12.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1355 1007 1395">Kabinett</td> <td data-bbox="1007 1355 1437 1395">03.02.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1395 1007 1435">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td data-bbox="1007 1395 1437 1435">18.03.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1435 1007 1476">Bundesrat</td> <td data-bbox="1007 1435 1437 1476"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1476 1007 1516">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="1007 1476 1437 1516">01.04.16</td> </tr> </tbody> </table>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	18.12.15	Kabinett	03.02.16	Bundestag, 2. und 3. Lesung	18.03.16	Bundesrat		Inkrafttreten	01.04.16
Zeitplanung	Termin														
Referentenentwurf	18.12.15														
Kabinett	03.02.16														
Bundestag, 2. und 3. Lesung	18.03.16														
Bundesrat															
Inkrafttreten	01.04.16														
Anmerkungen															

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 23 AA 1805015																
<p>Vorhaben</p> <p>Gesetz über Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen, finanzielle Leistungen und Unterstützungsmaßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland als Gaststaat internationaler Einrichtungen (Gaststaatgesetz, GstG)</p> <p>Inhalt</p> <p>Initiative zur gesetzlichen Regelung von Rechtsfragen zur Ansiedlung internationaler Einrichtungen in Deutschland in einem einheitlichen Gaststaatgesetz</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja</p> <table border="1" data-bbox="159 1254 1356 1590"> <thead> <tr> <th data-bbox="159 1254 1005 1299">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1005 1254 1356 1299">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="159 1299 1005 1344">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1005 1299 1356 1344"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1344 1005 1388">Kabinett</td> <td data-bbox="1005 1344 1356 1388">04.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1388 1005 1433">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td data-bbox="1005 1388 1356 1433">06.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1433 1005 1478">Bundestag, 1. Lesung</td> <td data-bbox="1005 1433 1356 1478"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1478 1005 1523">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td data-bbox="1005 1478 1356 1523"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1523 1005 1568">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td data-bbox="1005 1523 1356 1568"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1568 1005 1590">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="1005 1568 1356 1590"></td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf		Kabinett	04.16	Bundesrat, 1. Durchgang	06.16	Bundestag, 1. Lesung		Bundestag, 2. und 3. Lesung		Bundesrat, 2. Durchgang		Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin																		
Referentenentwurf																			
Kabinett	04.16																		
Bundesrat, 1. Durchgang	06.16																		
Bundestag, 1. Lesung																			
Bundestag, 2. und 3. Lesung																			
Bundesrat, 2. Durchgang																			
Inkrafttreten																			

<p>Vorhabendokumentation der Bundesregierung</p> <p>Stand: 19.01.2016</p>	<p>18. Legislaturperiode</p>	<p>Federführendes Ressort</p> <p>Datenblatt-Nummer</p>	<p>Seite 24</p> <p>BMI</p> <p>1806055</p>																
<p>Vorhaben</p> <p>Gesetz zur Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems</p> <p>Inhalt</p> <p>Das Gesetz dient der Umsetzung der Richtlinien 2013/32/EU (Asylverfahrensrichtlinie) und 2013/33/EU (Aufnahmerichtlinie). Daneben enthält der Gesetzentwurf Anpassungen, die das Asylgesetz betreffen.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja</p> <table border="1" data-bbox="161 1272 1374 1590"> <thead> <tr> <th data-bbox="161 1272 1018 1317">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1018 1272 1374 1317">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="161 1323 1018 1357">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1018 1323 1374 1357">08.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1364 1018 1397">Kabinett</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1404 1018 1438">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1444 1018 1478">Bundestag, 1. Lesung</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1485 1018 1518">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1525 1018 1559">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1565 1018 1599">Inkrafttreten</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	08.15	Kabinett		Bundesrat, 1. Durchgang		Bundestag, 1. Lesung		Bundestag, 2. und 3. Lesung		Bundesrat, 2. Durchgang		Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin																		
Referentenentwurf	08.15																		
Kabinett																			
Bundesrat, 1. Durchgang																			
Bundestag, 1. Lesung																			
Bundestag, 2. und 3. Lesung																			
Bundesrat, 2. Durchgang																			
Inkrafttreten																			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 25 BMI 1806080																				
<p>Vorhaben</p> <p>Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren</p> <p>Inhalt</p> <p>Mit dem Gesetz sollen beschleunigte Asylverfahren eingeführt, der Familiennachzug zu subsidiär Geschützten beschränkt und Rückführungshindernisse abgebaut werden.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein</p> <table border="1" data-bbox="159 1254 1356 1657"> <thead> <tr> <th data-bbox="159 1254 1005 1310">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1005 1254 1356 1310">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="159 1310 1005 1355">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1005 1310 1356 1355"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1355 1005 1400">Kabinett</td> <td data-bbox="1005 1355 1356 1400">20.01.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1400 1005 1444">Beschluss der Koalitionsfraktionen</td> <td data-bbox="1005 1400 1356 1444"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1444 1005 1489">Bundesrat, 1. Durchgang Reg.Entw.</td> <td data-bbox="1005 1444 1356 1489"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1489 1005 1534">Bundestag, 1. Lesung Reg.Entw.</td> <td data-bbox="1005 1489 1356 1534"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1534 1005 1579">Bundestag, 1. Lesung Koal.Entw.</td> <td data-bbox="1005 1534 1356 1579"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1579 1005 1624">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td data-bbox="1005 1579 1356 1624"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1624 1005 1668">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td data-bbox="1005 1624 1356 1668">29.01.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1668 1005 1713">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="1005 1668 1356 1713"></td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf		Kabinett	20.01.16	Beschluss der Koalitionsfraktionen		Bundesrat, 1. Durchgang Reg.Entw.		Bundestag, 1. Lesung Reg.Entw.		Bundestag, 1. Lesung Koal.Entw.		Bundestag, 2. und 3. Lesung		Bundesrat, 2. Durchgang	29.01.16	Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin																						
Referentenentwurf																							
Kabinett	20.01.16																						
Beschluss der Koalitionsfraktionen																							
Bundesrat, 1. Durchgang Reg.Entw.																							
Bundestag, 1. Lesung Reg.Entw.																							
Bundestag, 1. Lesung Koal.Entw.																							
Bundestag, 2. und 3. Lesung																							
Bundesrat, 2. Durchgang	29.01.16																						
Inkrafttreten																							

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 26
		Datenblatt-Nummer	BMI 1806081

Vorhaben

Gesetz zur Verbesserung der Registrierung und des Datenaustausches zu aufenthalts- und asylrechtlichen Zwecken (Datenaustauschverbesserungsgesetz)

Inhalt

Gegenstand des Gesetzgebungsverfahrens im Wesentlichen:

- Kern bilden Änderungen im AZRG. Dort wird geregelt, welche Daten, die von mehr als nur einer Behörde im Rahmen des Asylverfahrens genutzt werden, behördenübergreifend gespeichert werden können (Kerndaten) sowie die Übermittlungspflichten und Zugriffsrechte der im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten beteiligten Behörden.
- Änderung AsylG. Der Ankunftsnachweis (Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender), die dort aufzubringenden Daten sowie die Zuständigkeiten für die Ausstellung und Verlängerung werden geregelt.
- Änderung des AsylbLG. Ziel ist, regelmäßig frühestens erst nach der Registrierung und Aushändigung des Auskunftsnachweises Leistungen in der letztlich zuständigen Erstaufnahmeeinrichtung zu gewähren.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja

Zeitplanung**Termin**

Referentenentwurf	11.15
Kabinett	09.12.15
Beschluss der Koalitionsfraktionen	15.12.15
Bundestag, 1. Lesung Koal.Entw.	17.12.15
Bundesrat, 1. Durchgang	18.12.15
Bundestag, 1. Lesung	13.01.16
Bundestag, 2. und 3. Lesung	14.01.16
Bundesrat, 2. Durchgang	29.01.16
Inkrafttreten	02.16

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 27 BMI NEU 1806085																
<p>Vorhaben</p> <p>Zweites Gesetz über eine finanzielle Hilfe für Dopingopfer der DDR</p> <p>Inhalt</p> <p>Der 2002 von der Bundesregierung mit dem Dopingopfer-Hilfegesetz (DOHG) aufgelegte Fonds, aus dem 194 DDR-Dopingopfer eine finanzielle Unterstützung von rund 10.500 € erhalten haben, hat mit Abstand nicht alle DDR-Dopingopfer erfasst. Voraussichtlich 1.000 weitere Dopingopfer wären nach den damaligen Kriterien anspruchsberechtigt gewesen, konnten einen solchen Anspruch aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht geltend machen. Aus Gründen der Gleichbehandlung soll deshalb mit dem „Zweiten Gesetz über eine finanzielle Hilfe für Dopingopfer der DDR“ (Zweites Dopingopfer-Hilfegesetz) ein neuer Fonds eingerichtet werden, der wieder vom Bundesverwaltungsamt verwaltet wird und aus dem, nach denselben Kriterien wie damals, die jetzt als anspruchsberechtigt anerkannten Opfer jeweils 10.500.-€ erhalten sollen.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein</p> <table border="1" data-bbox="161 1265 1369 1590"> <thead> <tr> <th data-bbox="161 1265 997 1310">Zeitplanung</th> <th data-bbox="997 1265 1369 1310">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="161 1310 997 1355">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="997 1310 1369 1355">15.11.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1355 997 1400">Kabinett</td> <td data-bbox="997 1355 1369 1400">09.03.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1400 997 1444">Bundestag, 1. Lesung</td> <td data-bbox="997 1400 1369 1444">14.04.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1444 997 1489">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td data-bbox="997 1444 1369 1489">22.04.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1489 997 1534">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td data-bbox="997 1489 1369 1534">02.06.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1534 997 1579">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td data-bbox="997 1534 1369 1579">08.07.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1579 997 1590">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="997 1579 1369 1590">01.08.16</td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	15.11.15	Kabinett	09.03.16	Bundestag, 1. Lesung	14.04.16	Bundesrat, 1. Durchgang	22.04.16	Bundestag, 2. und 3. Lesung	02.06.16	Bundesrat, 2. Durchgang	08.07.16	Inkrafttreten	01.08.16
Zeitplanung	Termin																		
Referentenentwurf	15.11.15																		
Kabinett	09.03.16																		
Bundestag, 1. Lesung	14.04.16																		
Bundesrat, 1. Durchgang	22.04.16																		
Bundestag, 2. und 3. Lesung	02.06.16																		
Bundesrat, 2. Durchgang	08.07.16																		
Inkrafttreten	01.08.16																		

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 28 BMI NEU 1806086														
Vorhaben																	
<p>Gesetz zur erleichterten Ausweisung von straffälligen Ausländern und zum erweiterten Ausschluss der Flüchtlingsanerkennung bei straffälligen Asylbewerbern</p>																	
Inhalt																	
<p>Das Ausweisungsrecht wird verschärft mit dem Ziel, die Ausweisung krimineller Ausländer zu erleichtern. Einem Asylbewerber, der in DE Straftaten begeht, soll konsequenter als bisher die Anerkennung als Flüchtling versagt werden.</p>																	
<p>Ein schwerwiegendes Ausweisungsinteresse soll künftig schon dann vorliegen, wenn der Ausländer wegen Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die sexuelle Selbstbestimmung, das Eigentum oder wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte rechtskräftig zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe verurteilt worden ist. Voraussetzung ist ferner, dass diese Straftaten mit Gewalt oder unter Anwendung von Drohungen mit Gefahr für Leib oder Leben oder mit List begangen wurden.</p>																	
<p>Ein besonders schwerwiegendes Ausweisungsinteresse wird unterstellt, wenn ein Ausländer wegen einer der vorangegangene Straftaten und Tatmodalitäten rechtskräftig zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt wird. Dies gilt auch dann, wenn die Freiheits- oder Jugendstrafe zur Bewährung ausgesetzt wurde.</p>																	
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein																	
Zeitplanung		Termin															
<table border="1"> <tr> <td>Referentenentwurf</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Kabinett</td> <td>27.01.16</td> </tr> <tr> <td>Bundestag, 1. Lesung</td> <td>19.02.16</td> </tr> <tr> <td>Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td>26.02.16</td> </tr> <tr> <td>Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td>17.03.16</td> </tr> <tr> <td>Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td>18.03.16</td> </tr> <tr> <td>Inkrafttreten</td> <td></td> </tr> </table>				Referentenentwurf		Kabinett	27.01.16	Bundestag, 1. Lesung	19.02.16	Bundesrat, 1. Durchgang	26.02.16	Bundestag, 2. und 3. Lesung	17.03.16	Bundesrat, 2. Durchgang	18.03.16	Inkrafttreten	
Referentenentwurf																	
Kabinett	27.01.16																
Bundestag, 1. Lesung	19.02.16																
Bundesrat, 1. Durchgang	26.02.16																
Bundestag, 2. und 3. Lesung	17.03.16																
Bundesrat, 2. Durchgang	18.03.16																
Inkrafttreten																	
Anmerkungen																	

Vorhabendokumentation der Bundesregierung	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 29
			BMJV
Stand: 19.01.2016		Datenblatt-Nummer	1807005

Vorhaben

Gesetz zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen

Inhalt

Der Gesetzentwurf sieht als dritte Stufe der Insolvenzrechtsreform Änderungen der Insolvenzordnung vor, die den spezifischen Besonderheiten von Konzerninsolvenzen Rechnung tragen. Er umfasst insbesondere die Schaffung allgemeiner Kooperationsrechte und -pflichten, die Schaffung eines besonderen Koordinationsverfahrens, die Einführung eines Konzerngerichtsstands und die einheitliche Verwalterbestellung.

Im Wesentlichen sollen die bislang noch nicht oder nur unzulänglich vorhandenen Rechtsgrundlagen geschaffen werden, die für eine koordinierte Insolvenzabwicklung im Konzernkontext benötigt werden. Hierzu gehören Gerichtsstandsregelungen, die es ermöglichen sollen, dass sämtliche Verfahren an einem Insolvenzgericht anhängig gemacht werden können. Für den Fall, dass Verfahren an mehreren Gerichten geführt werden, wird die Möglichkeit einer Verweisung an ein einziges Gericht geschaffen. Für die Fälle, in denen Verfahren an mehreren Gerichten geführt werden oder in denen mehrere Verwalter bestellt worden sind, schafft der Entwurf Rechtsgrundlagen für die Zusammenarbeit zwischen den Verwaltern und den Gerichten. Der Entwurf berücksichtigt dabei die schon nach geltendem Recht bestehenden Kooperationspflichten der Verwalter und schafft Grundlagen für die zwischengerichtliche Zusammenarbeit. Insbesondere sollen die Gerichte verpflichtet werden, sich in der Frage abzustimmen, ob zur Minimierung von Reibungsverlusten im Zuge von Abstimmungserfordernissen eine Person in mehreren oder allen Verfahren zum Verwalter bestellt werden kann.

Darüber hinaus geht der Entwurf mit der Schaffung eines Koordinationsverfahrens neue Wege. Das Koordinationsverfahren soll die Abstimmung der Einzelverfahren verbessern, ohne die Selbständigkeit der Einzelverfahren in Frage zu stellen. In seinem Rahmen soll aus dem Kreis der Verwalter eine Person als Koordinationsverwalter mit der Koordination der Einzelverfahren betraut werden. Seine Aufgabe besteht darin, Vorschläge für die abgestimmte Insolvenzverwaltung auszuarbeiten. Eine besondere Stellung nimmt dabei der vom Koordinationsverwalter vorzulegende und vom Koordinierungsgericht zu bestätigende Koordinationsplan ein, der als Referenzplan für die auf der Ebene der Einzelverfahren, insbesondere auf der Grundlage von Insolvenzplänen, zu ergreifenden Maßnahmen dient.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein

Zeitplanung**Termin**

Referentenentwurf	07.13
Kabinett	28.08.13
Bundesrat, 1. Durchgang	11.10.13
Bundestag, 1. Lesung	14.02.14
Bundestag, 2. und 3. Lesung	02.16
Bundesrat, 2. Durchgang	02.16
Inkrafttreten	

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 30 BMJV 1807017																
<p>Vorhaben</p> <p>Gesetz zur Verbesserung der zivilrechtlichen Durchsetzung von verbraucherschützenden Vorschriften des Datenschutzrechts</p> <p>Inhalt</p> <p>Ziel des Gesetzes ist es, insbesondere den Schutz von Verbrauchern gegen die unzulässige Erhebung, Verarbeitung und Nutzung ihrer Daten zu verbessern.</p> <p>Durch die Ergänzung des § 2 Absatz 2 UKlaG wird ausdrücklich geregelt , dass alle datenschutzrechtlichen Vorschriften, die für die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von personenbezogenen Daten eines Verbrauchers durch einen Unternehmer gelten, Verbraucherschutzgesetze im Sinne des § 2 Absatz 1 UKlaG sind. Daneben sind weitere Änderungen vorgesehen, die die Durchsetzung der Ansprüche nach dem Unterlassungsklagengesetz erleichtern, aber ihre missbräuchliche Geltendmachung verhindern sollen. Das Bürgerliche Gesetzbuch wird zudem so geändert, dass durch Bestimmungen in Allgemeinen Geschäftsbedingungen künftig keine strengere Form als die Textform für Erklärungen und Anzeigen, die gegenüber dem Verwender der Allgemeinen Geschäftsbedingungen oder einem Dritten abzugeben sind, vereinbart werden kann. Damit wird sichergestellt, dass insbesondere auch die Beendigung von Verträgen für Verbraucher nicht unnötig erschwert wird und sie immer einfach feststellen können, wie die vereinbarte Form zu erfüllen ist.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein</p> <table border="1" data-bbox="159 1254 1276 1590"> <thead> <tr> <th data-bbox="159 1254 1005 1299">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1005 1254 1276 1299">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="159 1299 1005 1344">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1005 1299 1276 1344">28.05.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1344 1005 1388">Kabinett</td> <td data-bbox="1005 1344 1276 1388">04.02.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1388 1005 1433">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td data-bbox="1005 1388 1276 1433">27.03.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1433 1005 1478">Bundestag, 1. Lesung</td> <td data-bbox="1005 1433 1276 1478">23.04.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1478 1005 1523">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td data-bbox="1005 1478 1276 1523">17.12.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1523 1005 1568">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td data-bbox="1005 1523 1276 1568">29.01.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1568 1005 1590">Inkrafttreten</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	28.05.14	Kabinett	04.02.15	Bundesrat, 1. Durchgang	27.03.15	Bundestag, 1. Lesung	23.04.15	Bundestag, 2. und 3. Lesung	17.12.15	Bundesrat, 2. Durchgang	29.01.16	Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin																		
Referentenentwurf	28.05.14																		
Kabinett	04.02.15																		
Bundesrat, 1. Durchgang	27.03.15																		
Bundestag, 1. Lesung	23.04.15																		
Bundestag, 2. und 3. Lesung	17.12.15																		
Bundesrat, 2. Durchgang	29.01.16																		
Inkrafttreten																			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 31 BMJV 1807018
Vorhaben			
Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie über alternative Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten und zur Durchführung der Verordnung über Online-Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten			
Inhalt			
<p>Mit dem Gesetz soll sichergestellt werden, dass für vertragliche Streitigkeiten zwischen Verbrauchern und Unternehmen neben der ordentlichen Gerichtsbarkeit ein flächendeckender zweiter außergerichtlicher Pfad für die Konfliktbeilegung zur Verfügung steht. Die Verpflichtung umfasst mit wenigen Ausnahmen alle Kauf- und Dienstleistungsverträge zwischen Verbrauchern und Unternehmen mit (Wohn-)Sitz in der Europäischen Union.</p>			
<p>Das Gesetz führt die wesentlichen Anforderungen an anerkannte Verbraucherschlichtungsstellen und das von diesen geführte Verfahren ein. Es wird zwischen privaten und behördlichen Schlichtungsstellen unterschieden. Private Schlichtungsstellen werden auf Antrag von der hierfür zuständigen Behörde des Landes, in dem sie ihren Sitz haben, anerkannt, wenn sie die Voraussetzungen des neu eingeführten Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes erfüllen. Für behördliche Schlichtungsstellen gelten die Anforderungen des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes sinngemäß.</p>			
<p>Bestehende, branchenspezifische Schlichtungsregelungen bleiben bestehen, werden aber an die Vorgaben der Richtlinie angepasst. Auf diese Weise können die vorhandenen Schlichtungsstellen weiter genutzt werden. Soweit bisher Bundesbehörden für die Anerkennung branchenspezifischer Schlichtungsstellen zuständig waren oder Schlichtungsstellen bei Bundesbehörden bestehen, bleiben diese Zuständigkeiten erhalten.</p>			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 32
			BMJV
Stand: 19.01.2016		Datenblatt-Nummer	1807045

Vorhaben

· Gesetz zur Novellierung des Rechts der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus gemäß § 63 des Strafgesetzbuches und zur Änderung anderer Vorschriften

Inhalt

Mit dem Gesetzentwurf werden Änderungen im Strafgesetzbuch und in der Strafprozessordnung vorgeschlagen, die die Anordnung der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus stärker auf gravierende Fälle

beschränken, die Unterbringung für weniger schwerwiegende Gefahren zeitlich begrenzen sowie die prozessualen Sicherungen ausbauen, um unverhältnismäßig lange Unterbringungen besser zu vermeiden.

Zukünftig sollen vor allem dort Unterbringungen vermieden werden, in denen vom Betroffenen lediglich als nicht schwer einzustufende wirtschaftliche Schäden drohen. Eine sehr lange andauernde Unterbringung soll die Gefahr bloßer wirtschaftlicher Schäden in der Regel gar nicht mehr rechtfertigen können. Bei allen Unterbringungen soll durch eine kürzere Abfolge von externen und jeweils wechselnden Gutachtern der Problematik von sich lediglich selbst bestätigenden Routinebegutachtungen begegnet werden. Diese externen Begutachtungen sollen den Gerichten helfen, dass es nicht zu einer Fortdauer von Unterbringungen kommt, die im Hinblick auf die vermeintliche Gefährlichkeit des Betroffenen gar nicht mehr erforderlich und angemessen sind.

Der Entwurf dient zudem der Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 27. März 2012 (2 BvR 2258/09), durch die die Vorschrift des § 67 Absatz 4 des Strafgesetzbuches für insoweit als nicht mit dem Grundgesetz vereinbar erklärt wurde, als sie es ausnahmslos - ohne eine Möglichkeit der Berücksichtigung von Härtefällen - ausschließt, die Zeit des Vollzugs einer freiheitsentziehenden Maßregel der Besserung und Sicherung auf verfahrensfremde Freiheitsstrafen anzurechnen.

Der Entwurf dient zudem der Klarstellung der in der obergerichtlichen Rechtsprechung umstrittenen Frage, wie lange eine erfolversprechende Behandlung bei der Unterbringung in einer Entziehungsanstalt voraussichtlich dauern darf, wenn neben der Unterbringung eine Freiheitsstrafe verhängt werden soll.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein

Zeitplanung**Termin**

Referentenentwurf	05.15
Kabinett	04.11.15
Bundesrat, 1. Durchgang	18.12.15
Bundestag, 1. Lesung	28.01.16
Bundestag, 2. und 3. Lesung	14.04.16
Bundesrat, 2. Durchgang	13.05.16
Inkrafttreten	

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 33 BMJV
		Datenblatt-Nummer	1807046

Vorhaben

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2011 zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/629/JI des Rates

Inhalt

Mit dem Gesetzentwurf soll die Richtlinie 2011/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2011 zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/629/JI des Rates umgesetzt werden.

Vorgesehen ist die Erweiterung der Strafvorschrift des § 233 des Strafgesetzbuchs (StGB) auf Fälle des Menschenhandels zum Zweck der Begehung strafbarer Handlungen und der Bettelei; zudem soll der Menschenhandel zum Zweck des Organhandels, der derzeit lediglich als Beihilfe zu Straftaten nach dem Transplantationsgesetz strafbar ist, ausdrücklich in § 233 StGB unter Strafe gestellt werden. Darüber hinaus soll der Qualifikationstatbestand des § 233a StGB auf die Fälle erweitert werden, in denen das Opfer unter 18 Jahre alt ist, und auf die Fälle der grob fahrlässigen Gefährdung des Lebens des Opfers; da in der Sache ein Gleichklang erforderlich ist, sollen diese Erweiterungen auch für die entsprechenden Qualifikationstatbestände der §§ 232 und 233 StGB gelten.

Der Gesetzentwurf verzichtet angesichts der bereits am 6. April 2013 abgelaufenen Umsetzungsfrist für die Richtlinie 2011/36/EU bewusst darauf weitere, im politischen, fachlichen und gesellschaftlichen Raum erörterte Problemstellungen bei der Bekämpfung des Menschenhandels aufzugreifen, sofern ihnen nicht schon durch die für die Umsetzung der Richtlinie erforderlichen gesetzlichen Änderungen in diesem Entwurf entsprochen wird. Die Bundesregierung sieht die Umsetzung der Richtlinie durch den vorliegenden Entwurf lediglich als einen ersten Schritt für ein ausstehendes umfassendes Regelwerk an.
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein

Zeltplanung**Termin**

Referentenentwurf	18.09.14
Kabinett	28.01.15
Bundesrat, 1. Durchgang	27.03.15
Bundestag, 1. Lesung	02.16
Bundestag, 2. und 3. Lesung	
Bundesrat, 2. Durchgang	
Inkrafttreten	

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 34 BMJV 1807053																
<p>Vorhaben</p> <p>Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie</p> <p>Inhalt</p> <p>Der Gesetzentwurf dient der Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie in nationales Recht . Die Vorgaben der Wohnimmobilienkreditrichtlinie werden in ihrem zivilrechtlichen Teil im Bürgerlichen Gesetzbuch umgesetzt. Hinzu kommen aufsichts- und gewerberechtliche Regelungen, die im Wesentlichen Änderungen im Gesetz über das Kreditwesen, im Versicherungsaufsichtsgesetz, in der Institutsvergütungsverordnung, in der Gewerbeordnung und in der Preisangabenverordnung nach sich ziehen.</p> <p>Die Vereinbarung des Koalitionsvertrags von CDU, CSU und SPD, Regelungen zur Beratungspflicht des Darlehensgebers bei dauerhafter oder erheblicher Überziehung des Kontos vorzusehen, soll darüber hinaus im Bürgerlichen Gesetzbuch umgesetzt werden.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein</p> <table border="1" data-bbox="159 1254 1276 1590"> <thead> <tr> <th data-bbox="159 1254 1005 1299">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1005 1254 1276 1299">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="159 1299 1005 1344">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1005 1299 1276 1344">14.10.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1344 1005 1388">Kabinett</td> <td data-bbox="1005 1344 1276 1388">15.07.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1388 1005 1433">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td data-bbox="1005 1388 1276 1433">25.09.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1433 1005 1478">Bundestag, 1. Lesung</td> <td data-bbox="1005 1433 1276 1478">25.09.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1478 1005 1523">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td data-bbox="1005 1478 1276 1523">18.02.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1523 1005 1568">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td data-bbox="1005 1523 1276 1568">18.03.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1568 1005 1590">Inkrafttreten</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	14.10.14	Kabinett	15.07.15	Bundesrat, 1. Durchgang	25.09.15	Bundestag, 1. Lesung	25.09.15	Bundestag, 2. und 3. Lesung	18.02.16	Bundesrat, 2. Durchgang	18.03.16	Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin																		
Referentenentwurf	14.10.14																		
Kabinett	15.07.15																		
Bundesrat, 1. Durchgang	25.09.15																		
Bundestag, 1. Lesung	25.09.15																		
Bundestag, 2. und 3. Lesung	18.02.16																		
Bundesrat, 2. Durchgang	18.03.16																		
Inkrafttreten																			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 35 BMJV 1807059																
<p>Vorhaben</p> <p>Gesetz zur Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen</p> <p>Inhalt</p> <p>Der Gesetzentwurf sieht die Einführung der neuen Straftatbestände der Bestechlichkeit im Gesundheitswesen und der Bestechung im Gesundheitswesen in das Strafgesetzbuch (StGB) vor. Er bezieht alle Heilberufe ein, die für die Berufsausübung oder die Führung der Berufsbezeichnung eine staatlich geregelte Ausbildung erfordern und gilt für Sachverhalte sowohl innerhalb als auch außerhalb des Bereichs der gesetzlichen Krankenversicherung. Die vorgeschlagenen Straftatbestände sollen als neuer § 299a StGB (Bestechlichkeit im Gesundheitswesen) und § 299b StGB (Bestechung im Gesundheitswesen) in den Sechszwanzigsten Abschnitt des Strafgesetzbuchs (Straftaten gegen den Wettbewerb) eingefügt und der Struktur des § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr) nachgebildet werden. Darüber hinaus sieht der Gesetzentwurf eine Ausweitung der Regelung des § 300 StGB, der für den Straftatbestand der Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr eine Strafraumverschiebung für besonders schwere Fälle enthält, auch auf die einzuführenden Straftatbestände vor. Zudem enthält der Gesetzentwurf eine relative Antragspflicht als Voraussetzung für die Strafverfolgung. Die bisherige Regelung zur Vermögensstrafe und zum erweiterten Verfall wird der aktuellen Rechtslage angepasst und ebenfalls auf die neuen Vorschriften der §§ 299a, 299b StGB erstreckt.</p> <p>Der Gesetzentwurf enthält darüber hinaus Regelungsvorschläge zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V), durch die insbesondere ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch der Stellen zur Bekämpfung von Fehlverhalten im Gesundheitswesen unter Einbeziehung der Staatsanwaltschaften etabliert werden soll.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein</p> <table border="1" data-bbox="161 1361 1366 1688"> <thead> <tr> <th data-bbox="161 1361 1002 1417">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1002 1361 1366 1417">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="161 1417 1002 1458">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1002 1417 1366 1458">27.01.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1458 1002 1498">Kabinett</td> <td data-bbox="1002 1458 1366 1498">29.07.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1498 1002 1538">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td data-bbox="1002 1498 1366 1538">25.09.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1538 1002 1579">Bundestag, 1. Lesung</td> <td data-bbox="1002 1538 1366 1579">13.11.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1579 1002 1619">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td data-bbox="1002 1579 1366 1619">18.02.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1619 1002 1659">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td data-bbox="1002 1619 1366 1659">18.03.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1659 1002 1700">Inkrafttreten</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	27.01.15	Kabinett	29.07.15	Bundesrat, 1. Durchgang	25.09.15	Bundestag, 1. Lesung	13.11.15	Bundestag, 2. und 3. Lesung	18.02.16	Bundesrat, 2. Durchgang	18.03.16	Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin																		
Referentenentwurf	27.01.15																		
Kabinett	29.07.15																		
Bundesrat, 1. Durchgang	25.09.15																		
Bundestag, 1. Lesung	13.11.15																		
Bundestag, 2. und 3. Lesung	18.02.16																		
Bundesrat, 2. Durchgang	18.03.16																		
Inkrafttreten																			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 36 BMJV
		Datenblatt-Nummer	1807063

Vorhaben

Gesetz zur Verbesserung der Rechtssicherheit bei Anfechtungen nach der Insolvenzordnung und nach dem Anfechtungsgesetz

Inhalt

Der Gesetzentwurf verfolgt das Ziel, den Wirtschaftsverkehr sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Rechtsunsicherheiten zu entlasten, die von der derzeitigen Praxis des Insolvenzanfechtungsrechts ausgehen. Zudem sollen die unter dem geltenden Recht gewährten Möglichkeiten der Insolvenzanfechtung punktuell neu justiert werden, um übermäßige Belastungen des Geschäftsverkehrs und von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu vermeiden. Dazu ist Folgendes vorgesehen:

Die Praxis der Vorsatzanfechtung soll für den Geschäftsverkehr kalkulier- und planbarer werden. Es soll klargestellt werden, dass das Ersuchen des Schuldners um eine verkehrsübliche Zahlungserleichterung für sich genommen eine Vorsatzanfechtung nicht begründen kann. Der Rechtsverkehr soll sich zudem darauf verlassen können, dass keine Vorsatzanfechtung droht, wenn dem Schuldner mit wertäquivalenten Bargeschäften die Fortführung seines Unternehmens oder die Sicherung seines Lebensbedarfs ermöglicht werden soll oder wenn ernsthafte Sanierungsbemühungen des Schuldners unterstützt werden sollen.

Zudem sollen die Rechtsunsicherheiten beseitigt werden, die in Bezug auf die Anfechtbarkeit von Arbeitsentgeltzahlungen bestehen. Zu diesem Zweck soll gesetzlich klargestellt werden, dass in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts ein Bargeschäft gegeben ist, wenn der Zeitraum zwischen Arbeitsleistung und Auszahlung des Arbeitsentgelts drei Monate nicht übersteigt.

Darüber hinaus sollen vollstreckende Gläubiger, die in einem gerichtlichen Verfahren einen Vollstreckungstitel erlangt haben, besser davor geschützt werden, dass sie einen errungenen Vollstreckungserfolg wieder herausgeben müssen. Die Verzinsung des Anfechtungsanspruchs soll neu geregelt werden, um die bestehenden Fehlanreize zu einer schleppenden Durchsetzung von begründeten Anfechtungsansprüchen zu beseitigen und den Rechtsverkehr besser vor einer übermäßigen Zinsbelastung zu schützen.

Schließlich sollen die Änderungen im Insolvenzanfechtungsrecht auch im Recht der Einzelgläubigeranfechtung nachvollzogen werden, soweit das Anfechtungsgesetz entsprechende Regelungen vorsieht.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein

Zeitplanung**Termin**

Referentenentwurf	06.03.15
Kabinett	29.09.15
Bundesrat, 1. Durchgang	27.11.15
Bundesrat	27.11.15
Bundestag	14.01.16
Bundestag, 1. Lesung	15.01.16
Bundestag, 2. und 3. Lesung	14.04.16
Bundesrat, 2. Durchgang	13.05.16
Inkrafttreten	

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 37
			BMJV
Stand: 19.01.2016		Datenblatt-Nummer	1807066

Vorhaben

Zweites Gesetz zur Stärkung der Verfahrensrechte von Beschuldigten im Strafverfahren

Inhalt

Mit dem Gesetzentwurf soll die Richtlinie 2013/48/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 über das Recht auf Zugang zu einem Rechtsbeistand in Strafverfahren und in Verfahren zur Vollstreckung des Europäischen Haftbefehls sowie über das Recht auf Benachrichtigung eines Dritten bei Freiheitsentzug und das Recht auf Kommunikation mit Dritten und mit Konsularbehörden während des Freiheitsentzugs umgesetzt werden.

Das Recht des Beschuldigten auf Zugang zu einem Rechtsbeistand soll durch Änderungen in der Strafprozessordnung, vor allem durch die Statuierung eines Anwesenheitsrechts des Verteidigers bei polizeilichen Vernehmungen, gestärkt werden. Ebenfalls der Stärkung dieses Rechts dient die Änderung der Vorschriften über eine Kontaktsperre dahingehend, dass eine solche Kontaktsperre den Zugang zum Verteidiger nicht mehr umfassen soll.

Im Jugendgerichtsgesetz soll eine neue Vorschrift dazu aufgenommen werden, dass der Erziehungsberechtigte und der gesetzliche Vertreter eines Jugendlichen grundsätzlich so bald wie möglich unter Angabe von Gründen zu unterrichten sind, wenn dem Jugendlichen die Freiheit entzogen wurde.

Im Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen soll die Verpflichtung verankert werden, in Verfahren zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls die gesuchte Person auch über ihr Recht zu unterrichten, im ersuchenden Mitgliedstaat einen Rechtsbeistand zu benennen.

Im Gerichtsverfassungsgesetz soll für ehrenamtliche Richter in der Strafrechtspflege die verpflichtende Unterbrechung der Schöffentätigkeit nach zwei aufeinanderfolgenden Amtsperioden entfallen. Gleichzeitig sollen die Möglichkeiten, das Schöffenamts ablehnen zu können, um eine entsprechende Variante erweitert werden. Den Interessen eines Schöffen soll so hinreichend Rechnung getragen und dessen Überlastung vorgebeugt werden.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein

Zeitplanung**Termin**

Referentenentwurf	08.06.15
Kabinett	05.16
Bundesrat, 1. Durchgang	
Bundestag, 1. Lesung	
Bundestag, 2. und 3. Lesung	
Bundesrat, 2. Durchgang	
Inkrafttreten	

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	<div style="text-align: right;">Seite 38</div> Federführendes Ressort BMJV Datenblatt-Nummer 1807072						
<p>Vorhaben</p> <p>Formulierungshilfe für einen Änderungsantrag der Fraktionen CDU/CSU und SPD zum Umweltstrafrecht</p> <p>Inhalt</p> <p>Gegenstand der Formulierungshilfe ist die Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes, um den Vorgaben der Richtlinie 2008/99/EG gerecht zu werden. Die Richtlinie ist durch das Fünfundvierzigste Strafrechtsänderungsgesetz in verschiedenen umweltrechtlichen Rechtsvorschriften umgesetzt worden. Die Europäische Kommission hat zwischenzeitlich gegen die Bundesrepublik Deutschland ein Verfahren wegen Falschumsetzung der EU-Richtlinie Umweltstrafrecht eingeleitet. Zur Ausräumung der Kritikpunkte der Europäischen Kommission besteht neben der in Artikel 1 Nummer 14 des Gesetzes zur Bekämpfung der Korruption vorgesehenen Änderung von § 329 Absatz 4 Nummer 1 und 2 StGB weiterer kurzfristiger Regelungsbedarf, dem durch Änderungen des Bundesnaturschutzgesetzes Rechnung getragen werden soll. Aufgrund der europarechtlichen Vorgaben soll nun auch die fahrlässige Tötung und Zerstörung geschützter Arten im Bundesnaturschutzgesetz unter Strafe gestellt werden.</p> <p>Außerdem wird der strafrechtliche Schutz streng geschützter Arten erweitert, um deutschlandweit ein einheitliches Schutzniveau für alle streng geschützten Arten zu schaffen. Dies erscheint insbesondere aufgrund des verstärkten illegalen Handels mit geschützten Tier- und Pflanzenarten notwendig.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein</p> <table border="1" data-bbox="161 1254 1372 1411"> <thead> <tr> <th data-bbox="161 1254 1005 1299">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1005 1254 1372 1299">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="161 1299 1005 1344">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1005 1299 1372 1344">20.05.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1344 1005 1411">Kabinett</td> <td data-bbox="1005 1344 1372 1411">03.16</td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>			Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	20.05.15	Kabinett	03.16
Zeitplanung	Termin							
Referentenentwurf	20.05.15							
Kabinett	03.16							

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 39 BMJV 1807074																
<p>Vorhaben</p> <p>Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/26/EU über die kollektive Wahrnehmung von Urheber- und verwandten Schutzrechten und die Vergabe von Mehrgebietslizenzen für Rechte an Musikwerken für die Online-Nutzung im Binnenmarkt sowie zur Änderung des Verfahrens betreffend die Geräte- und Speichermedienvergütung (VG-Richtlinie-Umsetzungsgesetz)</p> <p>Inhalt</p> <p>Mit dem Gesetzentwurf soll das Urheberrechtswahrnehmungsgesetz durch ein neues Verwertungsgesellschaftengesetz (VGG) abgelöst werden, das sowohl die in Umsetzung der VG-Richtlinie erlassenen Bestimmungen als auch die Reformvorschriften hinsichtlich des Verfahrens zur Ermittlung der Geräte- und Speichermedienvergütung enthält. Das VGG übernimmt dazu sowohl die Vorgaben der VG-Richtlinie als auch die bewährten Regeln des deutschen Wahrnehmungsrechts, teils angepasst, soweit unionsrechtlich oder sonst geboten. Zugleich gestaltet das VGG das Verfahren zur Tarifaufstellung im Bereich der Geräte- und Speichermedienvergütung schneller und effizienter aus, stärkt die Effizienz der Staatsaufsicht über die Verwertungsgesellschaften beim Deutschen Patent- und Markenamt und sichert den gesetzlichen Anspruch auf die Geräte- und Speichermedienvergütung gegenüber den Vergütungsschuldnern.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein</p> <table border="1" data-bbox="161 1254 1356 1590"> <thead> <tr> <th data-bbox="161 1254 1005 1299">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1005 1254 1356 1299">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="161 1299 1005 1344">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1005 1299 1356 1344">09.06.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1344 1005 1388">Kabinett</td> <td data-bbox="1005 1344 1356 1388">11.11.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1388 1005 1433">Bundestag, 1. Lesung</td> <td data-bbox="1005 1388 1356 1433">15.01.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1433 1005 1478">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td data-bbox="1005 1433 1356 1478">29.01.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1478 1005 1523">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td data-bbox="1005 1478 1356 1523">17.03.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1523 1005 1568">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td data-bbox="1005 1523 1356 1568">22.04.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1568 1005 1590">Inkrafttreten</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	09.06.15	Kabinett	11.11.15	Bundestag, 1. Lesung	15.01.16	Bundesrat, 1. Durchgang	29.01.16	Bundestag, 2. und 3. Lesung	17.03.16	Bundesrat, 2. Durchgang	22.04.16	Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin																		
Referentenentwurf	09.06.15																		
Kabinett	11.11.15																		
Bundestag, 1. Lesung	15.01.16																		
Bundesrat, 1. Durchgang	29.01.16																		
Bundestag, 2. und 3. Lesung	17.03.16																		
Bundesrat, 2. Durchgang	22.04.16																		
Inkrafttreten																			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 40
			BMJV
			Datenblatt-Nummer 1807078
Stand: 19.01.2016			

Vorhaben

Gesetz zur Änderung des Designgesetzes und weiterer Vorschriften des gewerblichen Rechtsschutzes

Inhalt

Der Gesetzentwurf dient in erster Linie der weiteren Vereinfachung und Beschleunigung der Prozesse im Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA). Vorgesehen ist die Erleichterung des elektronischen Rechtsverkehrs beim DPMA und eine Verbesserung des Nichtigkeitsverfahrens vor dem DPMA in Designsachen. Zudem ist das deutsche Recht an geändertes europäisches Recht zur Beschlagnahme rechtsverletzender Waren an der Grenze sowie zum Schutz geographischer Angaben anzupassen.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein

Zeitplanung**Termin**

Referentenentwurf	09.07.15
Kabinett	04.11.15
Bundesrat, 1. Durchgang	18.12.15
Bundestag, 1. Lesung	28.01.16
Bundestag, 2. und 3. Lesung	25.02.16
Bundesrat, 2. Durchgang	18.03.16
Inkrafttreten	

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 41 BMJV 1807079																
<p>Vorhaben</p> <p>Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches - Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung</p> <p>Inhalt</p> <p>Mit dem Gesetzentwurf sollen Schutzlücken im Sexualstrafrecht geschlossen werden. Nach der gegenwärtigen Rechtslage gibt es Handlungen, die straflos bleiben, obwohl sie grundsätzlich geeignet sind, die sexuelle Selbstbestimmung einer anderen Person zu verletzen. Dies gilt z. B. für das Ausnutzen eines Überraschungsmomentes, etwa wenn der Täter eine sexuelle Handlung an einem Opfer vornimmt, welches sich eines Angriffs nicht versieht, obwohl der Täter davon ausgehen muss, dass dieses Vorgehen in der konkreten Situation keine Billigung findet (z. B. überraschende Vornahme sexueller Handlungen im öffentlichen Verkehrsmittel). Darüber hinaus gibt es sexuelle Handlungen, die zwar gegen den ausdrücklich oder konkludent erklärten Willen des Opfers vorgenommen werden, gegen die das Opfer sich aber aus bestimmten Gründen nicht wehrt. Derartige Fallkonstellationen bleiben straffrei, soweit sie entweder schon vom Wortlaut des § 177 Absatz 1 des Strafgesetzbuches nicht erfasst werden oder soweit die Rechtsprechung insbesondere das Ausnutzen einer schutzlosen Lage im Hinblick auf den Mindeststrafrahmen von einem Jahr Freiheitsstrafe und im Hinblick auf den Nötigungskontext eng auslegt.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein</p> <table border="1" data-bbox="161 1254 1356 1590"> <thead> <tr> <th data-bbox="161 1254 989 1299">Zeitplanung</th> <th data-bbox="989 1254 1356 1299">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="161 1299 989 1344">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="989 1299 1356 1344">14.07.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1344 989 1388">Kabinett</td> <td data-bbox="989 1344 1356 1388">04.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1388 989 1433">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1433 989 1478">Bundestag, 1. Lesung</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1478 989 1523">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1523 989 1568">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1568 989 1590">Inkrafttreten</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	14.07.15	Kabinett	04.16	Bundesrat, 1. Durchgang		Bundestag, 1. Lesung		Bundestag, 2. und 3. Lesung		Bundesrat, 2. Durchgang		Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin																		
Referentenentwurf	14.07.15																		
Kabinett	04.16																		
Bundesrat, 1. Durchgang																			
Bundestag, 1. Lesung																			
Bundestag, 2. und 3. Lesung																			
Bundesrat, 2. Durchgang																			
Inkrafttreten																			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 42 BMJV
		Datenblatt-Nummer	1807083

Vorhaben

Gesetz zur erleichterten Durchsetzung der Rückgabe von abhandengekommenem Kulturgut

Inhalt

Der Gesetzentwurf sieht insbesondere Änderungen im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) vor, um die Rückgabe von abhandengekommenem Kulturgut zu ermöglichen. Teil der nationalsozialistischen Verfolgung ab 1933 war auch die Entziehung von Vermögenswerten. Insbesondere den aus Gründen der Rassenideologie verfolgten Juden im Deutschen Reich und in den besetzten Gebieten wurden durch Zwangsverkäufe, Beschlagnahme oder Plünderungen die materiellen Lebensgrundlagen entzogen. Die Rückerstattung, auch und gerade von Kunstwerken und anderen Kulturgütern, ist nur unzureichend erfolgt und heute aus rechtlichen Gründen in der Regel nicht mehr durchsetzbar. Die Anmeldefristen der Rückerstattungsgesetze und des Vermögensgesetzes sind verstrichen. Auch der Herausgabeanspruch des Eigentümers nach § 985 BGB wäre, soweit neben den Rückerstattungsregeln überhaupt anwendbar, heute in der Regel nicht mehr durchsetzbar.

Mit dem Gesetzentwurf soll geregelt werden, dass der Besitzer eines Kulturgutes dem Herausgabeanspruch des Eigentümers die Einrede der Verjährung nur dann entgegenhalten können, wenn er den Besitz in gutem Glauben erworben hat. Diese Regelung soll nicht nur für Fälle gelten, in denen die Verjährung noch nicht eingetreten ist, sondern hinsichtlich NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter auch rückwirkend. Außerdem soll eine Umkehr der Beweislast bewirken, dass die Ersitzung eines verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes nur wirksam ist, wenn derjenige, der sich auf die Ersitzung beruft, den Beweis dafür erbringt, dass er bei dem Erwerb des Eigenbesitzes in gutem Glauben war. Denjenigen Eigentümern von Kulturgütern, die aufgrund der geänderten Beweislast zur Herausgabe und Rückübertragung des Eigentums verpflichtet sind, ist für den Rechtsverlust an dem herauszugebenden Kulturgut ein Anspruch auf finanziellen Ausgleich zuzuerkennen. Der Anspruch richtet sich gegen die Bundesrepublik Deutschland.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein

Zeitplanung**Termin**

Referentenentwurf	12.08.15
Kabinett	03.16
Bundesrat, 1. Durchgang	
Bundestag, 1. Lesung	
Bundestag, 2. und 3. Lesung	
Bundesrat, 2. Durchgang	
Inkrafttreten	

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 43 BMJV
		Datenblatt-Nummer	1807097

Vorhaben

Gesetz zur Stärkung des zivilprozessualen Rechtsschutzes

Inhalt

Der Gesetzentwurf verfolgt das Ziel, einen effizienten und bürgernahen Zivilprozess zu gewährleisten. Zum einen soll die Qualität gerichtlicher Entscheidungen erhalten und weiter verbessert werden. Zum anderen sollen gerichtliche Entscheidungen für Bürgerinnen und Bürger transparenter und erfahrbar gemacht werden, um dadurch die Akzeptanz gerichtlicher Entscheidungen insgesamt zu erhöhen. Die Reform enthält die folgenden Schwerpunkte um die angestrebten Verbesserungen zu erreichen:

- Im Gerichtsverfassungsgesetz ist die obligatorische Errichtung spezialisierter Spruchkörper auf der Ebene der Landgerichte und der Oberlandesgerichte für Streitigkeiten aus Bank- und Finanzgeschäften, Bau- und Architektenverträgen sowie aus Ingenieurverträgen, soweit sie im Zusammenhang mit Bauleistungen stehen, für Streitigkeiten über Ansprüche aus Heilbehandlungen und aus Versicherungsvertragsverhältnissen vorgesehen.
- Die mündliche Verhandlung wird gestärkt, indem die Berufungsgerichte einheitlich nach mündlicher Verhandlung durch Urteil entscheiden müssen.
- Auf der Ebene der Oberlandesgerichte, vor dem regelmäßig besonders bedeutende Verfahren verhandelt werden, sollen die Entscheidungen in der Regel durch den Senat erfolgen.
- Um die Funktionstüchtigkeit der Zivilsenate des Bundesgerichtshofs zu gewährleisten, wird Mindestbeschwer auf mehr als 30 000 Euro angehoben.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein

Zeitplanung**Termin**

Referentenentwurf	11.15
Kabinett	03.16
Bundesrat, 1. Durchgang	
Bundestag, 1. Lesung	
Bundestag, 2. und 3. Lesung	
Bundesrat, 2. Durchgang	
Inkrafttreten	

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 44 BMF 1808108																
<p>Vorhaben</p> <p>Gesetz zur Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts</p> <p>Inhalt</p> <p>Anpassung des ErbStG aufgrund Urteils des BVerfG vom 17. Dezember 2014 - 1 BvL 21/12; Erleichterung der Unternehmensnachfolge</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja</p> <table border="1" data-bbox="159 1254 1372 1590"> <thead> <tr> <th data-bbox="159 1254 1005 1299">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1005 1254 1372 1299">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="159 1299 1005 1344">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1005 1299 1372 1344"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1344 1005 1388">Kabinett</td> <td data-bbox="1005 1344 1372 1388">08.07.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1388 1005 1433">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td data-bbox="1005 1388 1372 1433">25.09.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1433 1005 1478">Bundestag, 1. Lesung</td> <td data-bbox="1005 1433 1372 1478">25.09.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1478 1005 1523">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td data-bbox="1005 1478 1372 1523"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1523 1005 1568">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td data-bbox="1005 1523 1372 1568"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1568 1005 1590">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="1005 1568 1372 1590"></td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf		Kabinett	08.07.15	Bundesrat, 1. Durchgang	25.09.15	Bundestag, 1. Lesung	25.09.15	Bundestag, 2. und 3. Lesung		Bundesrat, 2. Durchgang		Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin																		
Referentenentwurf																			
Kabinett	08.07.15																		
Bundesrat, 1. Durchgang	25.09.15																		
Bundestag, 1. Lesung	25.09.15																		
Bundestag, 2. und 3. Lesung																			
Bundesrat, 2. Durchgang																			
Inkrafttreten																			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 45 BMF 1808109																
<p>Vorhaben</p> <p>Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/91/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 zur Änderung der Richtlinie 2009/65/EG zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) im Hinblick auf die Aufgaben der Verwahrstelle, die Vergütungspolitik und Sanktionen</p> <p>Inhalt</p> <p>Umsetzung der Vorgaben der OGAW-V-Richtlinie (2014/91/EU) im Hinblick auf die Aufgaben der Verwahrstelle, die Vergütungspolitik und Sanktionen</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein</p> <table border="1" data-bbox="159 1254 1356 1590"> <thead> <tr> <th data-bbox="159 1254 1005 1299">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1005 1254 1356 1299">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="159 1299 1005 1344">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1005 1299 1356 1344"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1344 1005 1388">Kabinett</td> <td data-bbox="1005 1344 1356 1388">23.09.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1388 1005 1433">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td data-bbox="1005 1388 1356 1433">06.11.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1433 1005 1478">Bundestag, 1. Lesung</td> <td data-bbox="1005 1433 1356 1478">03.12.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1478 1005 1523">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td data-bbox="1005 1478 1356 1523">29.01.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1523 1005 1568">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td data-bbox="1005 1523 1356 1568">26.02.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1568 1005 1590">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="1005 1568 1356 1590"></td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf		Kabinett	23.09.15	Bundesrat, 1. Durchgang	06.11.15	Bundestag, 1. Lesung	03.12.15	Bundestag, 2. und 3. Lesung	29.01.16	Bundesrat, 2. Durchgang	26.02.16	Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin																		
Referentenentwurf																			
Kabinett	23.09.15																		
Bundesrat, 1. Durchgang	06.11.15																		
Bundestag, 1. Lesung	03.12.15																		
Bundestag, 2. und 3. Lesung	29.01.16																		
Bundesrat, 2. Durchgang	26.02.16																		
Inkrafttreten																			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 46 BMF
		Datenblatt-Nummer	1808112

Vorhaben

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/92/EUV vom 23. Juli 2014 über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten sowie den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen (Zahlungskontenrichtlinienumsetzungsgesetz)

Inhalt

Umsetzungsgesetz zur Richtlinie 2014/92/EU über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein

Zeltplanung**Termin**

Referentenentwurf

Kabinett

28.10.15

Bundesrat, 1. Durchgang

18.12.15

Bundestag, 1. Lesung

15.01.16

Bundestag, 2. und 3. Lesung

26.02.16

Bundesrat, 2. Durchgang

18.03.16

Inkrafttreten

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 47
		Datenblatt-Nummer	BMF 1808113
Stand: 19.01.2016			

Vorhaben

Erstes Gesetz zur Novellierung von Finanzmarktvorschriften auf Grund europäischer Rechtsakte (Erstes Finanzmarktnovellierungsgesetz - 1. FinanzG)

Inhalt

Umsetzung folgender EU-Rechtsakte:

MAD (Marktmissbrauchsrichtlinie = Richtlinie 2014/57/EU) und
 MAR (Marktmissbrauchsverordnung = Verordnung Nr. 596/2014), soweit sich diese auf MiFID I beziehen;
 CSDR (EU-Verordnung über Zentralverwahrer = Verordnung Nr. 909/2014)
 PRIIP-VO (EU-Verordnung über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger
 und Versicherungsanlageprodukte = Verordnung 1286/2014

MAR regelt umfassend Insiderverbote, Ad hoc Mitteilungen und Marktmanipulationsverbot (zusammenfassend Marktmissbrauch). Die Verordnung baut überwiegend auf den bestehenden Vorgaben der bisherigen Marktmissbrauchs-Richtlinie (MAD) auf und erstreckt diese insbesondere auf weitere Finanzinstrumente und Handelsplätze. Die ergänzende Richtlinie zu den strafrechtlichen Folgen von Marktmissbrauch (MAD) harmonisiert erstmalig die Strafrechts-Tatbestände und Rechtsfolgen von Marktmissbrauch. Eine Umsetzung erfolgt nur soweit sich die Regelungen auf MiFID I beziehen.

CSDR regelt Wertpapierlieferungen und -abrechnungen sowie die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Zentralverwahrer. CSDR gilt als Verordnung in DEU unmittelbar. Die Regelungen bedürfen daher nicht der Umsetzung, sondern lediglich der Flankierung durch Ausführungsbestimmungen betreffend die Aufsichtsbefugnisse der BaFin und die Sanktionierung von Regelverstößen.

Mit der PRIIP-VO wird ein EU-weit einheitliches Produktinformationsblatt für verpackte Anlageprodukte und Versicherungsanlageprodukte für Kleinanleger eingeführt. Ziel ist die Verbesserung der Transparenz und damit des Schutzniveaus auf dem Anlagemarkt für Kleinanleger. Verschiedene Produkte sollen durch ein einheitliches Informationsblatt vergleichbarer werden.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein

Zeitplanung**Termin**

Referentenentwurf	
Kabinett	06.01.16
Bundestag, 1. Lesung	18.02.16
Bundesrat, 1. Durchgang	26.02.16
Bundestag, 2. und 3. Lesung	15.04.16
Bundesrat, 2. Durchgang	13.05.16
Inkrafttreten	

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 48 BMF 1808115																
<p>Vorhaben</p> <p>Gesetz zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens</p> <p>Inhalt</p> <p>Der Gesetzentwurf sieht Verfahrensmodernisierungen vor, die die Automation, die Organisation und die personellen Ressourcen der Finanzverwaltung betreffen. Es nimmt Veränderungen des Besteuerungsverfahrens in folgenden Handlungsbereichen vor:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Steigerung von Wirtschaftlichkeit und Effizienz durch einen verstärkten Einsatz der Informationstechnologie und einen zielgenaueren Ressourceneinsatz; 2. Vereinfachte und erleichterte Handhabbarkeit des Besteuerungsverfahrens durch mehr Serviceorientierung und nutzerfreundlichere Prozesse; 3. Neugestaltung der rechtlichen Grundlagen, insbesondere der Abgabenordnung, im Hinblick auf die sich jetzt und in Zukunft stellenden Herausforderungen. <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja</p> <table border="1" data-bbox="159 1254 1356 1590"> <thead> <tr> <th data-bbox="159 1254 1005 1299">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1005 1254 1356 1299">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="159 1299 1005 1344">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1005 1299 1356 1344"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1344 1005 1388">Kabinett</td> <td data-bbox="1005 1344 1356 1388">09.12.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1388 1005 1433">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td data-bbox="1005 1388 1356 1433">29.01.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1433 1005 1478">Bundestag, 1. Lesung</td> <td data-bbox="1005 1433 1356 1478">25.02.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1478 1005 1523">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td data-bbox="1005 1478 1356 1523">13.05.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1523 1005 1568">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td data-bbox="1005 1523 1356 1568">17.06.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1568 1005 1590">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="1005 1568 1356 1590"></td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf		Kabinett	09.12.15	Bundesrat, 1. Durchgang	29.01.16	Bundestag, 1. Lesung	25.02.16	Bundestag, 2. und 3. Lesung	13.05.16	Bundesrat, 2. Durchgang	17.06.16	Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin																		
Referentenentwurf																			
Kabinett	09.12.15																		
Bundesrat, 1. Durchgang	29.01.16																		
Bundestag, 1. Lesung	25.02.16																		
Bundestag, 2. und 3. Lesung	13.05.16																		
Bundesrat, 2. Durchgang	17.06.16																		
Inkrafttreten																			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 49 BMF 1808132										
<p>Vorhaben</p> <p>Vierter Tragfähigkeitsbericht des BMF</p> <p>Inhalt</p> <p>Bericht des BMF über die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ohne</p> <table border="1" data-bbox="161 1263 1369 1464"> <thead> <tr> <th data-bbox="161 1263 1007 1308">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1007 1263 1369 1308">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="161 1308 1007 1352">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1007 1308 1369 1352"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1352 1007 1397">Kabinett</td> <td data-bbox="1007 1352 1369 1397">17.02.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1397 1007 1442">Bundestag</td> <td data-bbox="1007 1397 1369 1442"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1442 1007 1464">Bundesrat</td> <td data-bbox="1007 1442 1369 1464"></td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf		Kabinett	17.02.16	Bundestag		Bundesrat	
Zeitplanung	Termin												
Referentenentwurf													
Kabinett	17.02.16												
Bundestag													
Bundesrat													

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 50 BMF NEU 1808137														
Vorhaben																	
Gesetz zur Reform der Investmentbesteuerung																	
Inhalt																	
<p>Das Investmentsteuergesetz wird grundlegend reformiert. Insbesondere wird das Transparenzprinzip bei Publikumsfonds abgeschafft und inländische Publikumsfonds der gleichen Steuerpflicht wie ausländische Publikumsfonds unterworfen.</p> <p>Zudem werden Regelungen eingeführt, mit denen die Umgehung der Dividendenbesteuerung durch sog. Cum/Cum-Geschäfte verhindert werden sollen.</p>																	
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja																	
Zeitplanung																	
		Termin															
<table border="1"> <tr> <td data-bbox="161 1310 1007 1350">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1007 1310 1445 1350"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1350 1007 1391">Kabinett</td> <td data-bbox="1007 1350 1445 1391" style="text-align: right;">03.02.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1391 1007 1431">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td data-bbox="1007 1391 1445 1431" style="text-align: right;">18.03.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1431 1007 1471">Bundestag, 1. Lesung</td> <td data-bbox="1007 1431 1445 1471" style="text-align: right;">14.04.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1471 1007 1512">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td data-bbox="1007 1471 1445 1512" style="text-align: right;">10.06.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1512 1007 1552">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td data-bbox="1007 1512 1445 1552" style="text-align: right;">08.07.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1552 1007 1592">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="1007 1552 1445 1592"></td> </tr> </table>				Referentenentwurf		Kabinett	03.02.16	Bundesrat, 1. Durchgang	18.03.16	Bundestag, 1. Lesung	14.04.16	Bundestag, 2. und 3. Lesung	10.06.16	Bundesrat, 2. Durchgang	08.07.16	Inkrafttreten	
Referentenentwurf																	
Kabinett	03.02.16																
Bundesrat, 1. Durchgang	18.03.16																
Bundestag, 1. Lesung	14.04.16																
Bundestag, 2. und 3. Lesung	10.06.16																
Bundesrat, 2. Durchgang	08.07.16																
Inkrafttreten																	
Anmerkungen																	

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 51 BMAS 1811031																
<p>Vorhaben</p> <p>Neuntes Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch - Rechtsvereinfachung</p> <p>Inhalt</p> <p>Mit dem Gesetzentwurf werden über 30 von der AG Rechtsvereinfachung SGB II einstimmig beschlossene Rechtsänderungsvorschläge umgesetzt.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja</p> <table border="1" data-bbox="161 1265 1369 1590"> <thead> <tr> <th data-bbox="161 1265 1002 1310">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1002 1265 1369 1310">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="161 1310 1002 1355">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1002 1310 1369 1355">02.10.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1355 1002 1400">Kabinett</td> <td data-bbox="1002 1355 1369 1400">03.02.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1400 1002 1444">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td data-bbox="1002 1400 1369 1444">18.03.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1444 1002 1489">Bundestag, 1. Lesung</td> <td data-bbox="1002 1444 1369 1489">14.04.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1489 1002 1534">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td data-bbox="1002 1489 1369 1534">09.06.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1534 1002 1579">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td data-bbox="1002 1534 1369 1579">08.07.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1579 1002 1590">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="1002 1579 1369 1590">01.08.16</td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	02.10.15	Kabinett	03.02.16	Bundesrat, 1. Durchgang	18.03.16	Bundestag, 1. Lesung	14.04.16	Bundestag, 2. und 3. Lesung	09.06.16	Bundesrat, 2. Durchgang	08.07.16	Inkrafttreten	01.08.16
Zeitplanung	Termin																		
Referentenentwurf	02.10.15																		
Kabinett	03.02.16																		
Bundesrat, 1. Durchgang	18.03.16																		
Bundestag, 1. Lesung	14.04.16																		
Bundestag, 2. und 3. Lesung	09.06.16																		
Bundesrat, 2. Durchgang	08.07.16																		
Inkrafttreten	01.08.16																		

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 52 BMAS 1811033										
<p>Vorhaben</p> <p>Verordnung zur Änderung und Ergänzung der Arbeitsstättenverordnung und zur Änderung von Arbeitsschutzverordnungen</p> <p>Inhalt</p> <p>Die Vorschläge zur Änderung der ArbStättV betreffen insbesondere das Problem der fehlenden Regelungen zur Sichtverbindung aus Arbeitsräumen nach außen, unzureichender Geltungsbereich für Telearbeitsplätze und die fehlende Unterweisung der Beschäftigten in der Verordnung. Im Zuge der Rechtsbereinigung soll außerdem die BildscharbV in die ArbStättV integriert werden. Die BildscharbV soll aufgehoben werden.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja</p> <table border="1" data-bbox="161 1272 1374 1473"> <thead> <tr> <th data-bbox="161 1272 1007 1317">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1007 1272 1374 1317">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="161 1317 1007 1361">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1007 1317 1374 1361">26.04.13</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1361 1007 1406">Kabinett</td> <td data-bbox="1007 1361 1374 1406">29.10.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1406 1007 1451">Bundesrat</td> <td data-bbox="1007 1406 1374 1451">19.12.14</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1451 1007 1473">Inkrafttreten</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	26.04.13	Kabinett	29.10.14	Bundesrat	19.12.14	Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin												
Referentenentwurf	26.04.13												
Kabinett	29.10.14												
Bundesrat	19.12.14												
Inkrafttreten													

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 53 BMAS 1811076
Vorhaben			
"Bundesteilhabegesetz" insbesondere Reform der Eingliederungshilfe			
Inhalt			
Die Koalitionsparteien CDU, CSU und SPD haben sich im Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode darauf verständigt, die Leistungen an Menschen mit einer wesentlichen Behinderung aus dem bisherigen „Fürsorgesystem“ herauszuführen und die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiterzuentwickeln. Diesen Auftrag beabsichtigt die Bundesregierung mit einem Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderungen umzusetzen. In dem Bundesteilhabegesetz sollen auch andere Leistungsbereiche mit dem Ziel der Verbesserung der Leistungen für Menschen mit Behinderungen geändert werden. Damit soll dem neuen gesellschaftlichen Verständnis einer inklusiven Gesellschaft im Lichte der UN-Behindertenrechtskonvention Rechnung getragen werden.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf Kabinett Bundesrat, 1. Durchgang Bundestag, 1. Lesung Bundestag, 2. und 3. Lesung Bundesrat, 2. Durchgang Inkrafttreten		05.16	
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 54 BMAS 1811078																
<p>Vorhaben</p> <p>Gesetz zur Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung</p> <p>Inhalt</p> <p>Umsetzung der Vereinbarungen des Handlungsfelds der aktiven Arbeitsmarktpolitik aus dem Koalitionsvertrag: Stärkung der beruflichen Weiterbildung zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses. Die Regelungen zum Versicherungsschutz in der Arbeitslosenversicherung sollen im Hinblick auf sogenannte Übergangsprozesse am Arbeitsmarkt wie länger andauernde Phasen einer beruflichen Weiterbildung oder Kindererziehungszeiten erweitert werden.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein</p> <table border="1" data-bbox="164 1265 1374 1590"> <thead> <tr> <th data-bbox="164 1265 1005 1310">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1005 1265 1374 1310">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="164 1310 1005 1355">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1005 1310 1374 1355"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="164 1355 1005 1400">Kabinett</td> <td data-bbox="1005 1355 1374 1400">03.02.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="164 1400 1005 1444">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td data-bbox="1005 1400 1374 1444">18.03.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="164 1444 1005 1489">Bundestag, 1. Lesung</td> <td data-bbox="1005 1444 1374 1489">14.04.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="164 1489 1005 1534">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td data-bbox="1005 1489 1374 1534">09.06.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="164 1534 1005 1579">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td data-bbox="1005 1534 1374 1579">08.07.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="164 1579 1005 1590">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="1005 1579 1374 1590">01.08.16</td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf		Kabinett	03.02.16	Bundesrat, 1. Durchgang	18.03.16	Bundestag, 1. Lesung	14.04.16	Bundestag, 2. und 3. Lesung	09.06.16	Bundesrat, 2. Durchgang	08.07.16	Inkrafttreten	01.08.16
Zeitplanung	Termin																		
Referentenentwurf																			
Kabinett	03.02.16																		
Bundesrat, 1. Durchgang	18.03.16																		
Bundestag, 1. Lesung	14.04.16																		
Bundestag, 2. und 3. Lesung	09.06.16																		
Bundesrat, 2. Durchgang	08.07.16																		
Inkrafttreten	01.08.16																		

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 55 BMAS 1811098
Vorhaben			
Verhinderung des Missbrauchs von Werkvertragsgestaltungen sowie Weiterentwicklung der Arbeitnehmerüberlassung.			
Inhalt			
Zu 1.: 1.1 Festlegung der wesentlichen durch die Rechtsprechung entwickelten Abgrenzungskriterien zwischen ordnungsgemäßem und missbräuchlichem Fremdpersonaleinsatz; 1.2 Informations- und Unterrichtsrechte des Betriebsrates zur Verhinderung rechtswidriger Vertragskonstruktionen sicherstellen und konkretisieren; 1.3 Verdeckte Arbeitnehmerüberlassung sanktionieren; 1.4 Sicherstellung des gesetzlichen Arbeitsschutzes für Werksvertragsarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer. Zu 2.: 2.1 Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten mit Öffnungsoption für Tarifverträge von Einsatzbranchen (und Betriebs-/Dienstvereinbarungen aufgrund Tarifvertrags); 2.2 Equal Pay spätestens nach 9 Monaten; 2.3 Verbot des Einsatzes von Leiharbeitnehmern als Streikbrecher; 2.4 grundsätzliche Berücksichtigung der Leiharbeitnehmer bei betriebsverfassungsrechtlichen Schwellenwerten, sofern dies der Zielsetzung der jeweiligen Norm nicht widerspricht; 2.5 bedarfsgerechte Fortentwicklung der Statistik über die Arbeitnehmerüberlassung.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja			
Zeitplanung			
		Termin	
Referentenentwurf Kabinett Bundesrat, 1. Durchgang Bundestag, 1. Lesung Bundestag, 2. und 3. Lesung Bundesrat, 2. Durchgang Inkrafttreten		02.16	
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 56
		Datenblatt-Nummer	BMAS NEU 1811099

Vorhaben

Allgemeinverbindlicherklärung des Tarifvertrags zur Regelung über ein Mindestentgelt in den Elektrohandwerken vom 25. Juni 2015

Inhalt

BMAS kann gemäß § 5 Absatz 1 oder Absatz 1a Tarifvertragsgesetz (TVG) Tarifverträge im Einvernehmen mit dem Tarifausschuss auf gemeinsamen Antrag der Tarifparteien für allgemeinverbindlich erklären, sofern

- die Allgemeinverbindlicherklärung im öffentlichen Interesse erscheint. Dies ist in der Regel geboten, wenn der Tarifvertrag in seinem Geltungsbereich für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen überwiegende Bedeutung erlangt hat (§ 5 Absatz 1 1. Alternative TVG)
- oder
- der Tarifvertrag über eine gemeinsame Einrichtung zur Sicherung ihrer Funktionsfähigkeit die Einziehung von Beiträgen und die Gewährung von Leistungen durch eine gemeinsame Einrichtung regelt (§ 5 Absatz 1a TVG).

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein

Zeitplanung**Termin**

Referentenentwurf
Kabinett
Bundestag
Bundesrat
Inkrafttreten

02.16

03.16

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 57 BMAS
		Datenblatt-Nummer	1811101

Vorhaben

Behindertengleichstellungsgesetz (BGG)

Inhalt

Für die Anpassung des BGG werden insbesondere folgende Themen vorgeschlagen:

1. die Anpassung des Behinderungsbegriffs an den Wortlaut der UN-BRK,
2. die Verbesserung der Barrierefreiheit durch Aufnahme von Bestimmungen
 - a) zum Abbau von Barrieren bei Bestandsgebäuden des Bundes,
 - b) zur Bereitstellung barrierefreier Informationstechnik innerhalb der Bundesverwaltung und
 - c) im Hinblick auf die Gewährung von Förderungen als institutionelle Zuwendungen durch die Bundesverwaltung (und insofern mittelbare Erstreckung des Anwendungsbereichs auf Private),
3. die Aufnahme der Leichten Sprache zur stärkeren Berücksichtigung der Belange von Menschen mit geistigen Behinderungen,
4. die Klarstellung des Benachteiligungsverbots für Träger öffentlicher Gewalt durch die Aufnahme des Prinzips der Versagung angemessener Vorkehrungen als Form der Benachteiligung im Sinne der UN-BRK,
5. die Errichtung einer Bundesfachstelle für Barrierefreiheit bei der DRV-KBS,
6. die Einrichtung einer Schlichtungsstelle bei der beauftragten Person der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen und die Einführung eines kostenfreien Schlichtungsverfahrens, das künftig Verbandsklagen, die sich gegen Träger öffentlicher Gewalt nach § 1 Absatz 2 Satz 1 BGG-E richten, vorgeschaltet ist und für Einzelpersonen zur Verfügung steht,
7. die Stärkung von Frauen mit Behinderungen durch Aufnahme des Aspekts der Benachteiligung wegen mehrerer Gründe im Sinne der UN-BRK,
8. die Aufnahme der Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen, die von Benachteiligung wegen mehrerer Gründe betroffen sein können,
9. die Förderung der Partizipation von Organisationen von Menschen mit Behinderungen, um im Sinne der UN-BRK die Interessen von Menschen mit Behinderungen in die Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten einzubringen,
10. die Klarstellung des Geltungsbereichs durch ausdrückliche Aufnahme von Beliehenen und anderen Bundesorganen, soweit sie öffentlich-rechtliche Verwaltungstätigkeit ausüben.

Daneben wird vorgeschlagen, im Ersten Buch Sozialgesetzbuch (SGB I) und im Zehnten Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) Anpassungen an Regelungen des BGG zur Kommunikation von Menschen mit Hörbehinderungen und Sprachbehinderungen sowie von Menschen mit geistigen Behinderungen (Leichte Sprache) vorzunehmen.

Die Verbände der Menschen mit Behinderungen und die Länder, die jeweils eigene Gleichstellungsgesetze erlassen haben, wurden/werden - ebenso wie die Ressorts - eng in die Erstellung des Referentenentwurfs eingebunden.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein

Zeitplanung**Termin**

Referentenentwurf	
Kabinett	13.01.16
Bundesrat, 1. Durchgang	26.02.16
Bundestag, 1. Lesung	17.03.16
Bundestag, 2. und 3. Lesung	12.05.16
Bundesrat, 2. Durchgang	17.06.16
Inkrafttreten	

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 58 BMAS NEU 1811103												
<p>Vorhaben</p> <p>Sechste Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen in der Gebäudereinigung</p> <p>Inhalt</p> <p>Die Tarifvertragsparteien der Gebäudereinigung haben mit Schreiben vom 7. Dezember 2015 für Ihren Mindestlohtarifvertrag vom 30. Oktober 2015 eine Verordnung nach § 7 AEntG beantragt.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein</p> <table border="1" data-bbox="164 1254 1372 1523"> <thead> <tr> <th data-bbox="164 1254 1005 1299">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1005 1254 1372 1299">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="164 1299 1005 1344">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1005 1299 1372 1344">30.12.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="164 1344 1005 1388">Kabinett</td> <td data-bbox="1005 1344 1372 1388">17.02.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="164 1388 1005 1433">Bundestag</td> <td data-bbox="1005 1388 1372 1433"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="164 1433 1005 1478">Bundesrat</td> <td data-bbox="1005 1433 1372 1478"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="164 1478 1005 1523">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="1005 1478 1372 1523">01.03.16</td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	30.12.15	Kabinett	17.02.16	Bundestag		Bundesrat		Inkrafttreten	01.03.16
Zeitplanung	Termin														
Referentenentwurf	30.12.15														
Kabinett	17.02.16														
Bundestag															
Bundesrat															
Inkrafttreten	01.03.16														

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 61 BMEL 1810068
Vorhaben			
Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie über Tabakerzeugnisse und verwandte Erzeugnisse			
Inhalt			
<p>Mit dem in Artikel 1 enthaltenen Tabakerzeugnisgesetz werden bestehende Regelungen aus dem Vorläufigen Tabakgesetz übernommen und die grundlegenden Voraussetzungen geschaffen, um die Vorgaben der Richtlinie 2014/40/EU auf Gesetzesebene umzusetzen. Im Zuge der Umsetzung der Richtlinie sollen das Vorläufige Tabakgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1997 (BGBl. I S. 2296), das zuletzt durch Artikel 61 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, die Tabakprodukt-Verordnung vom 20. November 2002 (BGBl. I S. 4434), die zuletzt durch Artikel 63 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, und die Tabakverordnung vom 20. Dezember 1977 (BGBl. I S. 2831), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 22. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2398) geändert worden ist, durch ein neues Tabakerzeugnisgesetz und eine neue Tabakerzeugnisverordnung abgelöst werden. Darüber hinaus sind Folgeänderungen anderer Rechtsvorschriften erforderlich.</p>			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf Kabinett Bundesrat, 1. Durchgang Bundestag, 1. Lesung Bundestag, 2. und 3. Lesung Bundesrat, 2. Durchgang Inkrafttreten		16.12.15 29.01.16 18.02.16 17.03.16 22.04.16	
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 63 BMEL 1810079
Vorhaben			
Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie über Tabakerzeugnisse und verwandte Erzeugnisse			
Inhalt			
Mit dem Tabakerzeugnisgesetz werden die Vorgaben der Richtlinie 2014/40/EU grundsätzlich umgesetzt. Für die Regelung eher technischer, teilweise noch durch Rechtsakte der Kommission festzulegender Details sind im Tabakerzeugnisgesetz Verordnungsermächtigungen enthalten, auf deren Grundlage die Regelungen der in Artikel 1 enthaltenen Tabakerzeugnisverordnung erfolgen.			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf Kabinett Bundestag Bundesrat Inkrafttreten		04.11.15	
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 64 BMVg 1814032																
<p>Vorhaben</p> <p>Änderung des Soldatenbeteiligungsgesetzes</p> <p>Inhalt</p> <p>Anpassung der Beteiligungsrechte an die Neuausrichtung der Bundeswehr sowie den Einsatzerfordernissen</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein.</p> <table border="1" data-bbox="161 1265 1372 1590"> <thead> <tr> <th data-bbox="161 1265 1005 1310">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1005 1265 1372 1310">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="161 1310 1005 1355">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1005 1310 1372 1355">01.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1355 1005 1400">Kabinett</td> <td data-bbox="1005 1355 1372 1400">01.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1400 1005 1444">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1444 1005 1489">Bundestag, 1. Lesung</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1489 1005 1534">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1534 1005 1579">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1579 1005 1590">Inkrafttreten</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	01.16	Kabinett	01.16	Bundesrat, 1. Durchgang		Bundestag, 1. Lesung		Bundestag, 2. und 3. Lesung		Bundesrat, 2. Durchgang		Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin																		
Referentenentwurf	01.16																		
Kabinett	01.16																		
Bundesrat, 1. Durchgang																			
Bundestag, 1. Lesung																			
Bundestag, 2. und 3. Lesung																			
Bundesrat, 2. Durchgang																			
Inkrafttreten																			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 65 BMVg 1814039																
<p>Vorhaben</p> <p>Erweiterung der Beteiligung des Deutschen Engagements im Rahmen der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA)</p> <p>Inhalt</p> <p>Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Beteiligung an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA)</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein</p> <table border="1" data-bbox="159 1254 1356 1590"> <thead> <tr> <th data-bbox="159 1254 1005 1299">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1005 1254 1356 1299">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="159 1299 1005 1344">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1005 1299 1356 1344"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1344 1005 1388">Kabinett</td> <td data-bbox="1005 1344 1356 1388">06.01.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1388 1005 1433">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td data-bbox="1005 1388 1356 1433"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1433 1005 1478">Bundestag, 1. Lesung</td> <td data-bbox="1005 1433 1356 1478">14.01.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1478 1005 1523">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td data-bbox="1005 1478 1356 1523">28.01.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1523 1005 1568">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td data-bbox="1005 1523 1356 1568"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="159 1568 1005 1590">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="1005 1568 1356 1590"></td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf		Kabinett	06.01.16	Bundesrat, 1. Durchgang		Bundestag, 1. Lesung	14.01.16	Bundestag, 2. und 3. Lesung	28.01.16	Bundesrat, 2. Durchgang		Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin																		
Referentenentwurf																			
Kabinett	06.01.16																		
Bundesrat, 1. Durchgang																			
Bundestag, 1. Lesung	14.01.16																		
Bundestag, 2. und 3. Lesung	28.01.16																		
Bundesrat, 2. Durchgang																			
Inkrafttreten																			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Seite 66 Federführendes Ressort BMVg Datenblatt-Nummer 1814040																
<p>Vorhaben</p> <p>Forsetzung der Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte</p> <p>Inhalt</p> <p>Ausbau des deutschen Engagement zur Ausbildungsunterstützung. Einsatz von bis zu 100 Soldatinnen und Soldaten. Bereitstellung folgender militärischer Fähigkeiten; Führung und Führungsunterstützung, Beratung und Ausbildung, Militärische Nachrichtenwesen, Eigensicherung und Schutz, logistische, sanitätsdienstliche und sonstige Unterstützung, strategischer Lufttransport sowie strategischer luftgestützter Verwundetentransport</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein</p> <table border="1" data-bbox="161 1265 1372 1590"> <thead> <tr> <th data-bbox="161 1265 1005 1310">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1005 1265 1372 1310">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="161 1310 1005 1355">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1005 1310 1372 1355"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1355 1005 1400">Kabinett</td> <td data-bbox="1005 1355 1372 1400">06.01.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1400 1005 1444">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td data-bbox="1005 1400 1372 1444"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1444 1005 1489">Bundestag, 1. Lesung</td> <td data-bbox="1005 1444 1372 1489">14.01.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1489 1005 1534">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td data-bbox="1005 1489 1372 1534">28.01.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1534 1005 1579">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td data-bbox="1005 1534 1372 1579"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1579 1005 1590">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="1005 1579 1372 1590"></td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>			Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf		Kabinett	06.01.16	Bundesrat, 1. Durchgang		Bundestag, 1. Lesung	14.01.16	Bundestag, 2. und 3. Lesung	28.01.16	Bundesrat, 2. Durchgang		Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin																	
Referentenentwurf																		
Kabinett	06.01.16																	
Bundesrat, 1. Durchgang																		
Bundestag, 1. Lesung	14.01.16																	
Bundestag, 2. und 3. Lesung	28.01.16																	
Bundesrat, 2. Durchgang																		
Inkrafttreten																		

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 67 BMFSEJ 1817006																
<p>Vorhaben</p> <p>Gesetz zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen</p> <p>Inhalt</p> <p>Mit dem Gesetzesvorhaben sollen fachgesetzliche Grundlagen zur Gewährleistung verträglicher Arbeitsbedingungen und zum Schutz der Gesundheit für die in der Prostitution Tätigen geschaffen werden und die ordnungsrechtlichen Instrumente zur Überwachung der gewerblich ausgeübten Prostitution verbessert werden. Damit soll zum einen das Selbstbestimmungsrecht von Menschen in der Prostitution gestärkt und die Rechtssicherheit für die legale Ausübung der Prostitution verbessert werden. Zum anderen sollen gefährliche Erscheinungsformen der Prostitution und sozial unverträgliche oder jugendgefährdende Auswirkungen der Prostitutionsausübung ausgeschlossen bzw. verdrängt werden sowie die Kriminalität in der Prostitution wie Menschenhandel, Ausbeutung von Prostituierten und Zuhälterei bekämpft werden.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: offen</p> <table border="1" data-bbox="161 1254 1356 1590"> <thead> <tr> <th data-bbox="161 1254 1005 1299">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1005 1254 1356 1299">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="161 1299 1005 1344">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1005 1299 1356 1344">17.07.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1344 1005 1388">Kabinett</td> <td data-bbox="1005 1344 1356 1388">02.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1388 1005 1433">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1433 1005 1478">Bundestag, 1. Lesung</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1478 1005 1523">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1523 1005 1568">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1568 1005 1590">Inkrafttreten</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	17.07.15	Kabinett	02.16	Bundesrat, 1. Durchgang		Bundestag, 1. Lesung		Bundestag, 2. und 3. Lesung		Bundesrat, 2. Durchgang		Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin																		
Referentenentwurf	17.07.15																		
Kabinett	02.16																		
Bundesrat, 1. Durchgang																			
Bundestag, 1. Lesung																			
Bundestag, 2. und 3. Lesung																			
Bundesrat, 2. Durchgang																			
Inkrafttreten																			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 69
		Datenblatt-Nummer	BMFSFJ 1817014
Stand: 19.01.2016			

Vorhaben

Gesetz zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor den Gefahren des Konsums von elektronischen Zigaretten und elektronischen Shishas

Inhalt

Zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor den Gefahren des Konsums von elektronischen Zigaretten und elektronischen Shishas und Tabakwaren werden folgende Maßnahmen ergriffen:

1. Die Abgabe- und Konsumverbote von Tabakwaren werden auf elektronische Zigaretten und elektronische Shishas ausgedehnt.
2. Es wird sichergestellt, dass Tabakwaren und elektronische Zigaretten und elektronische Shishas auch über den Versandhandel nur an Erwachsene abgegeben werden.
3. Es wird eine Vorschrift eingeführt, nach der Kindern und Jugendlichen die Einfuhr von Tabakwaren sowie elektronischen Zigaretten und elektronischen Shishas in das Inland verboten ist.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein

Zeitplanung**Termin**

Referentenentwurf	13.05.15
Kabinett	04.11.15
Bundestag, 1. Lesung	04.12.15
Bundesrat, 1. Durchgang	18.12.15
Bundestag, 2. und 3. Lesung	28.01.16
Bundesrat, 2. Durchgang	26.02.16
Inkrafttreten	

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 71 BMG NEU 1815040
Vorhaben			
Vierzehnte Verordnung zur Änderung der Arzneimittelverschreibungsverordnung			
Inhalt			
<p>Im Rahmen der Verordnung wird Anlage 1 wie folgt geändert:1)Arzneimittel mit dem Wirkstoff Racecadotril werden auch für Kinder ab dem 12. Lebensjahr aus der Verschreibungspflicht entlassen;2)Tierarzneimittel mit dem Wirkstoff Praziquantel werden wieder der Verschreibungspflicht unterstellt;3)Drei Positionen werden gestrichen;4)Eine Position wird an den Zulassungsstatus angepasst;5)58 Positionen werden neu eingefügt.</p>			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf		26.10.15	
Kabinett			
Bundestag			
Bundesrat		29.01.16	
Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Föderführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 72 BMG 1815046
Vorhaben			
Gesetz zur Reform der Pflegeberufe			
Inhalt			
<p>Mit dem Gesetz wird die langjährig vorbereitete Reform der Pflegeberufe umgesetzt, indem die bisher getrennt geregelten Ausbildungen in der Altenpflege, der Gesundheits- und Krankenpflege sowie der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege zu einer neuen, generalistisch ausgerichteten beruflichen Pflegeausbildung mit einem einheitlichen Berufsabschluss in einem Pflegeberufsgesetz zusammengeführt werden. Die Weiterentwicklung der beruflichen Pflegeausbildung wird dabei flankiert von einer Neuordnung der Finanzierungsgrundlagen und der Einführung eines bundesrechtlich geregelten primärqualifizierenden Pflegestudiums.</p>			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf		26.11.15	
Kabinett		13.01.16	
Bundesrat, 1. Durchgang		26.02.16	
Bundestag, 1. Lesung		03.16	
Bundestag, 2. und 3. Lesung			
Bundesrat, 2. Durchgang			
Inkrafttreten			
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 73 BMVI
		Datenblatt-Nummer	1812025

Vorhaben

Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs im Eisenbahnverkehr

Inhalt

Mit dem Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs im Eisenbahnverkehr soll die EU-Richtlinie 2012/34/EU zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraumes (Recast) 1:1 in deutsches Recht umgesetzt werden. Die Richtlinie ist bis zum 16.06.2015 in deutsches Recht umzusetzen. Sie behandelt insbesondere folgende Schwerpunkte: die Struktur der Eisenbahnen (Entflechtung), die Genehmigungen für Eisenbahnverkehrsunternehmen sowie die Erhebung von Weegeentgelten und Zuweisung von Fahrwegkapazität im Schienenverkehr. Die Umsetzung der Richtlinie erfolgt über ein neues Eisenbahnregulierungsgesetz sowie eine Änderung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes. Wesentliche Anliegen des neuen Eisenbahnregulierungsgesetzes sind die Stärkung des Wettbewerbs und eine Effizienzsteigerung im Eisenbahnbereich. Dazu wird u. a. der Zugang zur Eisenbahninfrastruktur verbessert, die Entgeltregulierung sachgerecht neu ausgestaltet und entsprechende Befugnisse der Bundesnetzagentur verankert. Das Allgemeine Eisenbahngesetz wird mit Blick auf die Regelungen der Richtlinie zu Unternehmensgenehmigungen geändert.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein**Zeitplanung****Termin**

Referentenentwurf	20.01.15
Kabinett	13.01.16
Bundesrat, 1. Durchgang	26.02.16
Bundestag, 1. Lesung	14.04.16
Bundestag, 2. und 3. Lesung	09.06.16
Bundesrat, 2. Durchgang	08.07.16
Inkrafttreten	08.16

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 74 BMVI 1812040
Vorhaben			
Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften			
Inhalt			
<p>In den letzten Jahren sind diverse umweltrelevante EU-Richtlinien und EU-Verordnungen im Bereich der Kraftfahrzeugtechnik verabschiedet worden, die nur für typgenehmigte Fahrzeuge (Großserienfahrzeuge) unmittelbar gelten. Die Ausweitung auf Einzelgenehmigungen (Einzelfahrzeuge) hat national zu erfolgen. Mit diesem Verordnungsentwurf soll deshalb nun die Anwendung dieser EU-Richtlinien und EU-Verordnungen für Einzelgenehmigungen umgesetzt werden.</p> <p>Im Weiteren sollen Sanktionsvorschriften auf nationaler Ebene erlassen werden, die durch die EG-Verordnungen (EG) Nr. 595/2009 (Betrieb von Fahrzeugen ohne Reagenz / AdBlue) gefordert sind.</p>			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf		02.02.15	
Kabinett			
Bundestag			
Bundesrat		02.16	
Inkrafttreten		04.16	
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 75 BMVI 1812043
<p>Vorhaben</p> <p>Gesetz zur Bevorrechtigung der Verwendung von Carsharingfahrzeugen (Carsharinggesetz)</p> <p>Inhalt</p> <p>Carsharing leistet einen wichtigen Beitrag für die Vernetzung der Verkehrsträger und für einen nachhaltigen Stadt- und Regionalverkehr. Mit den geplanten Regelungen zum Carsharing sollen diese Fahrzeuge im Straßenverkehr privilegiert werden. Mit dem Gesetz wird die Grundlage für eine Verordnungsermächtigung geschaffen, um im Zuge der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) Parkplätze für Carsharing-Fahrzeuge rechtssicher ausweisen zu können. Zudem soll es den Gemeinden ermöglicht werden, auf Parkgebühren bei diesen Fahrzeugen zu verzichten. Durch eine begleitende Verwaltungsvorschrift wird ein bundeseinheitlicher Verwaltungsvollzug gewährleistet.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja</p>			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf Kabinett Bundesrat, 1. Durchgang Bundestag, 1. Lesung Bundestag, 2. und 3. Lesung Bundesrat, 2. Durchgang Inkrafttreten Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 76 BMVI 1812063												
<p>Vorhaben</p> <p>Zweite Verordnung zur Änderung der sechzehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung - 16. BImSchV)</p> <p>Inhalt</p> <p>Mit der Änderungsverordnung werden von den Bundesländern geforderte inhaltliche Ergänzungen zum Verfahren zur akustischen Anerkennung abweichender Bahntechnik und schalltechnischer Innovationen übernommen. Das betrifft u.a. das Antragsrecht von Straßenbahnunternehmen sowie die Übernahme von vom Eisenbahn-Bundesamt getroffenen Anerkennungen durch die Länder-Eisenbahn- und Straßenbahnbehörden. Damit wird eine einheitliche Handhabung für Schienenwege des Eisenbahnen des Bundes sowie der Länder erleichtert. Zudem werden redaktionelle Änderungen an Formeln vorgenommen.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja</p> <table border="1" data-bbox="164 1261 1369 1503"> <thead> <tr> <th data-bbox="164 1261 1002 1301">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1002 1261 1369 1301">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="164 1301 1002 1346">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1002 1301 1369 1346">26.02.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="164 1346 1002 1391">Kabinett</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="164 1391 1002 1435">Bundestag</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="164 1435 1002 1480">Bundesrat</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="164 1480 1002 1503">Inkrafttreten</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	26.02.15	Kabinett		Bundestag		Bundesrat		Inkrafttreten	
Zeitplanung	Termin														
Referentenentwurf	26.02.15														
Kabinett															
Bundestag															
Bundesrat															
Inkrafttreten															

Vorhabendokumentation der Bundesregierung	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 77 BMVI
		Datenblatt-Nummer	1812069
Stand: 19.01.2016			

Vorhaben

Fünfzehntes Gesetz zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes und luftrechtlicher Verordnungen
(Vorläufiger Titel)

Inhalt

Mit dem Entwurf eines 15. Gesetzes zur Änderung des Luftverkehrsgesetz und luftrechtlicher Verordnungen sollen verschiedene EU-rechtliche Vorgaben in nationales Recht umgesetzt werden. Das neue EU-rechtliche Zeugnis gemäß Artikel 8a der Verordnung (EG) Nr. 216/2008, das Voraussetzung für den Betrieb eines Flugplatzes im Anwendungsbereich dieser Verordnung ist, und die übrigen Anforderungen der EU-Verordnung sowie ihrer Durchführungsbestimmungen sollen in die bestehende Systematik des nationalen Luftverkehrsrechts integriert werden. Die Zeugnisse müssen zum 31.12.2017 erteilt werden; die Erteilung soll den Ländern übertragen werden.

In Umsetzung der Verordnung (EU) Nr. 965/2012 (Landstellen im öffentlichen Interesse, dort CAT.POL.H.225) soll eine Ergänzung des § 25 LuftVG und des damit in Sachzusammenhang stehenden § 15 der Luftverkehrs-Ordnung erfolgen. Dabei sollen die für die Durchführung von Luftrettungsflügen erforderlichen Flächen ausdrücklich als Landstellen kategorisiert und damit aus dem Anwendungsbereich des § 6 LuftVG herausgenommen werden. Diese Privilegierung soll durch einige betriebliche Beschränkungen ausgeglichen werden, um dem öffentlichen Belang der Sicherheit des Luftverkehrs Rechnung zu tragen. Mit der Neuregelung soll sichergestellt werden, dass der Großteil der Außenlandstellen fortbestehen kann.

Neue, aus der EU-Verordnung Nr. 965/2012 resultierende Aufgaben sollen zwischen Bund und Ländern aufgeteilt werden. Zudem soll aufgrund der Verordnung (EU) Nr. 965/2012 die bisher in § 20 Absatz 1 LuftVG geregelte Betriebsgenehmigung für kleinere Luftfahrtunternehmen entfallen.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja

Zeitplanung**Termin**

Referentenentwurf	12.03.15
Kabinett	23.09.15
Bundesrat, 1. Durchgang	06.11.15
Bundestag, 1. Lesung	17.12.15
Bundestag, 2. und 3. Lesung	25.02.16
Bundesrat, 2. Durchgang	18.03.16
Inkrafttreten	

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 78 BMVI
		Datenblatt-Nummer	1812070

Vorhaben

Gesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze (DigiNetzG)

Inhalt

Mit dem Gesetzentwurf soll die EU-Richtlinie 2014/61/EU (Richtlinie über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation (Kostenreduzierungsrichtlinie)) in nationales Recht umgesetzt werden. Die flächendeckende Versorgung mit digitalen Hochgeschwindigkeitsnetzen ist zugleich ein vorrangiges Ziel der Digitalen Agenda der Bundesregierung.

Ziel der Kostenreduzierungsrichtlinie ist es, den flächendeckenden Ausbau digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze im Interesse der Verbraucher und der Wirtschaft zu erleichtern. Unter Bezugnahme auf die „Digitale Agenda für Europa“ soll sichergestellt werden, dass für alle EU-Bürger bis 2020 eine Verfügbarkeit von Internet-Geschwindigkeiten von mehr als 30 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) sichergestellt ist und mindestens 50 Prozent der Haushalte in der Europäischen Union Internetanschlüsse mit mehr als 100 Mbit/s nutzen können. Für den Netzausbau sind erhebliche Investitionen erforderlich, wovon bis zu 80 Prozent auf Hoch- und Tiefbauarbeiten entfallen. Die Kostenintensität dieser Arbeiten und ihr absoluter und relativer Beitrag zu den Gesamtkosten können signifikant gesenkt werden. Dazu sieht die EU-Richtlinie ein Maßnahmenbündel zu Themengebieten vor, die mit dem Gesetz umgesetzt werden sollen: Transparenz der Versorgungsinfrastrukturen, Informationen zu und Koordinierung von ins Gewicht fallenden Bauarbeiten, Mitnutzungsansprüche von bestehenden passiven Netzinfrastrukturen und Netzinfrastrukturen von Gebäuden sowie die Einführung einer nationalen Streitbelegungsstelle und einer zentralen Informationsstelle zu allgemeinen Bedingungen und Verfahren von Genehmigungen von Bauarbeiten.

Schwerpunkte des Gesetzentwurfes liegen auf der Ausgestaltung von Informations- und Mitnutzungsansprüchen von passiven Netzinfrastrukturen, wie z. B. Leitungsrohre, Leerrohre, Einstiegsschächte, Masten und Antennenanlagen sowie der Koordinierung der Bauarbeiten. Ziel ist es, durch eine Begrenzung der Kosten den Infrastrukturausbau effizienter zu gestalten und Ineffizienzen zu minimieren.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja

Zeitplanung**Termin**

Referentenentwurf	15.05.15
Kabinett	20.01.16
Bundesrat, 1. Durchgang	26.02.16
Bundestag, 1. Lesung	14.04.16
Bundestag, 2. und 3. Lesung	09.06.16
Bundesrat, 2. Durchgang	08.07.16
Inkrafttreten	08.16

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 79
			BMVI
Stand: 19.01.2016		Datenblatt-Nummer	1812086

Vorhaben

Sechstes Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze

Inhalt

Das Gesetz enthält erstens redaktionelle Änderungen des StVG und KBAG zu Umsetzung der Richtlinie 2015/413/EU des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 11.03.2015 zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Austauschs von Informationen über die Straßenverkehrssicherheit gefährdende Verkehrsdelikte sowie der Verordnung (EU) Nr. 165/2014 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 04.02.2014 über Fahrtschreiber im Straßenverkehr, zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 3821/85 des Rates über das Kontrollgerät im Straßenverkehr und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 561/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr.

Zweitens wird aus Anlass der Umsetzung der internetbasierten Wiederzulassung außer Betrieb gesetzter Fahrzeuge auf denselben Halter im selben Zulassungsbezirk (2. Stufe des Projektes i-Kfz) die Ermächtigung zur Regelung der zulassungsinternen Verfahren komplettiert.

Drittens werden Registervorschriften im StVG, KfzSachvG und FahrIG ergänzt. Zum einen sollen im ZFZR durchgängig die Daten zu durchgeführten Hauptuntersuchungen und Sicherheitsprüfungen der Fahrzeuge gespeichert werden. Dies ist für die 2. Stufe des Projektes i-Kfz und auch für die Umsetzung der Richtlinien 2014/45/EU sowie 2014/46/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (beide vom 03.04.2014) erforderlich. Zum anderen werden für die Realisierung einer vollelektronischen Registerführung des FAER Rechtsgrundlagen ergänzt.

Viertens werden fahrerlaubnisrechtlich Begrifflichkeiten systematisch vereinheitlicht, auch im Hinblick auf die Richtlinie 2006/126/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20.12.2006 über den Führerschein.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja

Zeitplanung**Termin**

Referentene Entwurf	30.09.15
Kabinett	02.16
Bundesrat, 1. Durchgang	
Bundestag, 1. Lesung	
Bundestag, 2. und 3. Lesung	
Bundesrat, 2. Durchgang	
Inkrafttreten	

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 80 BMVI NEU 1812097										
Vorhaben													
Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften													
Inhalt													
<p>Durch die Verordnung werden Anforderungen an Rückhaltesysteme für Rollstühle und Rollstuhlnutzer in Personenkraftwagen geändert. Anforderungen aus der Typpengenehmigungs-richtlinie der EU 2007/46/EG sollen für national zu genehmigende Fahrzeuge übernommen werden. Die Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung sowie die Straßenverkehrs-Ordnung und die Bußgeld-Katalog-Verordnung sollen angepasst werden.</p>													
<p>Zusätzlich erfolgt eine Anpassung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2015/719 zur Erhöhung der Achslasten an zweiachsigen Omnibussen und es erfolgt eine redaktionelle Anpassung einer Bußgeldvorschrift in der Fahrpersonalverordnung an das geänderte europäische Recht.</p>													
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja													
Zeitplanung													
<table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="169 1256 1023 1317"></th> <th data-bbox="1023 1256 1447 1317">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="169 1317 1023 1355">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1023 1317 1447 1355">01.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="169 1355 1023 1393">Kabinett</td> <td data-bbox="1023 1355 1447 1393"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="169 1393 1023 1431">Bundesrat</td> <td data-bbox="1023 1393 1447 1431">02.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="169 1431 1023 1480">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="1023 1431 1447 1480">03.16</td> </tr> </tbody> </table>					Termin	Referentenentwurf	01.16	Kabinett		Bundesrat	02.16	Inkrafttreten	03.16
	Termin												
Referentenentwurf	01.16												
Kabinett													
Bundesrat	02.16												
Inkrafttreten	03.16												
Anmerkungen													

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 81 BMUB 1816043										
<p>Vorhaben</p> <p>Verordnung zur Umsetzung der novellierten abfallrechtlichen Gefährlichkeitskriterien</p> <p>Inhalt</p> <p>Anpassung der nationalen Abfallverzeichnisverordnung an die mit der Verordnung (EU) Nr. 1357/2014 geänderten gefahrenrelevanten Eigenschaften von Abfällen.</p> <p>Die Verordnung umfasst die Anpassung der nationalen Abfallverzeichnisverordnung (AVV) an die mit der Verordnung (EU) Nr. 1357/2014 geänderten gefahrenrelevanten Eigenschaften von Abfällen. Hierdurch wird in der EU einheitlich bestimmt, was als gefährlicher Abfall zu bewerten ist. Mit der Verordnung wird auch der Beschluss der Kommission (2014/955/EU) zur Änderung über das Europäische Abfallverzeichnis in nationales Recht umgesetzt.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja</p> <table border="1" data-bbox="161 1254 1356 1478"> <thead> <tr> <th data-bbox="161 1254 1005 1299">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1005 1254 1356 1299">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="161 1299 1005 1344">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1005 1299 1356 1344">04.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1344 1005 1388">Kabinett</td> <td data-bbox="1005 1344 1356 1388">12.08.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1388 1005 1433">Bundesrat</td> <td data-bbox="1005 1388 1356 1433">25.09.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1433 1005 1478">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="1005 1433 1356 1478">03.16</td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	04.15	Kabinett	12.08.15	Bundesrat	25.09.15	Inkrafttreten	03.16
Zeitplanung	Termin												
Referentenentwurf	04.15												
Kabinett	12.08.15												
Bundesrat	25.09.15												
Inkrafttreten	03.16												

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 82 BMUB
		Datenblatt-Nummer	1816044

Vorhaben

Gesetz zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes zur Einführung von Grundsätzen für die Kosten von Wasserdienstleistungen und Wassernutzungen

Inhalt

Der Gesetzentwurf dient der Umsetzung der Begriffsdefinitionen der Wasserdienstleistungen und der Wassernutzungen nach Artikel 2 Nummer 38 und 39 sowie der der Regelungen des Artikels 9 zur Deckung der Kosten der Wasserdienstleistungen in der Richtlinie 2000/60/EG vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (Wasserrahmenrichtlinie; WRRL). Artikel 2 Nummer 38 und 39 sowie die Regelungen des Artikels 9 der Richtlinie 2000/60/EG (WRRL) sind inhaltlich und in ihrer Zielrichtung bereits in deutsches Recht umgesetzt worden. Allerdings sind diese Regelungen bis-her nicht in ihrem Wortlaut in das Bundesrecht übernommen worden. Dies soll nun im Sinne einer am Wortlaut der Begriffsdefinition der Wasserdienstleistungen und der Wassernutzungen nach Artikel 2 Nummer 38 und 39 sowie des Artikel 9 orientierten Regelung geschehen. Nach dem Erwägungsgrund Nummer 38 der WRRL sollen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union auch den Einsatz wirtschaftlicher Instrumente vorsehen. Der Grundsatz der Deckung der Kosten der Wassernutzung einschließlich umwelt- und ressourcenbezogener Kosten im Zusammenhang mit Beeinträchtigungen oder Schädigungen der aquatischen Umwelt sollte insbesondere entsprechend dem Verursacherprinzip berücksichtigt werden.

Der Einsatz wirtschaftlicher Instrumente neben einer Reihe von anderen Instrumenten ist ein Mittel zur Erreichung der Ziele der WRRL. Die WRRL schreibt jedoch keine bestimmten ökonomischen und fiskalischen Instrumente vor. Die Mitgliedstaaten haben bei der Frage des Einsatzes von ökonomischen und fiskalischen Instrumenten nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (Urteil vom 11. September 2014 in der Rechtssache C-525/12) einen weiten Ermessensspielraum.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein

Zeitplanung**Termin**

Referentenentwurf	08.15
Kabinett	14.10.15
Bundesrat, 1. Durchgang	27.11.15
Bundestag, 1. Lesung	17.12.15
Bundestag, 2. und 3. Lesung	28.01.16
Bundesrat, 2. Durchgang	02.16
Inkrafttreten	04.16

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 83 BMUB 1816053
Vorhaben			
Verordnung zum Schutz der Oberflächengewässer (OGewV)			
Inhalt			
<p>Die bestehende OGewV vom 20.07.2011 wird fortgeschrieben, da die europäische Richtlinie zu den prioritären Stoffen novelliert wurde. Die Verordnung regelt Anforderungen an die Eigenschaften von Oberflächengewässern und normiert Vorgaben zum chemischen und ökologischen Zustand bzw. ökologischen Potenzial. So legt sie z.B. Umweltqualitätsnormen fest, mit denen das Vorkommen bestimmter chemischer Stoffe in den Oberflächengewässern der EU, die ein erhebliches Risiko für die Umwelt oder die menschliche Gesundheit darstellen, begrenzt werden soll. Im Hinblick auf das Auslaufen der Nitrat-, Fischgewässer- und Muschelgewässerrichtlinie sollen die Inhalte weitestgehend zur Schließung von Regelungslücken in die Novellierung der OGewV übernommen werden.</p>			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf		02.15	
Kabinett		16.12.15	
Bundestag			
Bundesrat		29.01.16	
Inkrafttreten		03.16	
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 84 BMUB NEU 1816057
Vorhaben			
Erste Verordnung zur Änderung der Chemikalien-Sanktionsverordnung			
Inhalt			
Die Änderungsverordnung zur Chemikalien-Sanktionsverordnung (ChemSanktionsV) dient im Schwerpunkt der Schaffung von Sanktionsnormen zur unmittelbaren Ahndung von Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung (EU) Nr. 528/2012 über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten (Biozid-Verordnung).			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf		11.09.14	
Kabinett		03.02.16	
Bundestag			
Bundesrat			
Inkrafttreten		01.04.16	
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 85 BMUB NEU 1816058												
<p>Vorhaben</p> <p>Siebte Verordnung zur Änderung der Abwasserverordnung und des Abwasserabgabengesetzes</p> <p>Inhalt</p> <p>Die gemäß der Industrieemissionsrichtlinie 2010/75/EU von der KOM beschlossenen Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) in Bezug auf die Herstellung von Leder und Chloralkali bedürfen der Umsetzung in deutsches Recht durch Änderung der Abwasserverordnung vom 02.09.2014. Die Verordnungsänderung setzt beide BVT-Schlussfolgerungen in einer Verordnungsänderung um.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja</p> <table border="1" data-bbox="161 1232 1356 1500"> <thead> <tr> <th data-bbox="161 1232 989 1299">Zeitplanung</th> <th data-bbox="989 1232 1356 1299">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="161 1299 989 1344">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="989 1299 1356 1344"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1344 989 1388">Kabinett</td> <td data-bbox="989 1344 1356 1388">03.02.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1388 989 1433">Bundestag</td> <td data-bbox="989 1388 1356 1433"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1433 989 1478">Bundesrat</td> <td data-bbox="989 1433 1356 1478">18.03.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1478 989 1500">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="989 1478 1356 1500">15.06.16</td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf		Kabinett	03.02.16	Bundestag		Bundesrat	18.03.16	Inkrafttreten	15.06.16
Zeitplanung	Termin														
Referentenentwurf															
Kabinett	03.02.16														
Bundestag															
Bundesrat	18.03.16														
Inkrafttreten	15.06.16														

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort	Seite 86
			BMBF
		Datenblatt-Nummer	1830014

Vorhaben

Erstes Gesetz zur Änderung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (1. WissZeitVGÄndG)

Inhalt

Vorgesehen sind insb. folgende Änderungen:

- Ergänzung der Befristungstatbestände um Aussagen, dass sich bei der Qualifizierungsbefristung die Befristungsdauer an dem für die Qualifizierung erforderlichen Zeitbedarf orientieren soll und bei der Befristung wegen Drittmittelfinanzierung der Dauer der Mittelbewilligung.
- Verknüpfung der sachgrundlosen Befristung mit dem Erfordernis, dass das Arbeitsverhältnis zumindest auch der wissenschaftlichen oder künstlerischen Qualifizierung dient.
- Konkretisierung des Kindbegriffs bei der familienpolitischen Komponente.
- Klarstellung, dass studentische Hilfskrafttätigkeiten auch während eines Masterstudiums nicht auf den Befristungsrahmen angerechnet werden.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja

Zeitplanung**Termin**

Referentenentwurf	08.15
Kabinett	02.09.15
Bundesrat, 1. Durchgang	16.10.15
Bundestag, 1. Lesung	04.11.15
Bundestag, 2. und 3. Lesung	17.12.15
Bundesrat, 2. Durchgang	29.01.16
Inkrafttreten	

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 87 BMBF 1830017																
<p>Vorhaben</p> <p>Drittes Gesetz zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (3.AFBGÄndG)</p> <p>Inhalt</p> <p>Mit diesem Gesetz verfolgt die Bundesregierung das Ziel, durch Leistungsverbesserungen, durch die Erweiterung der Fördermöglichkeiten und durch strukturelle Modernisierungen im AFBG berufliche Aufstiegsfortbildungen noch attraktiver zu machen. Mögliche Hemmschwellen Fortbildungsinteressierter, die die Unterbrechung der Erwerbstätigkeit, die Vereinbarkeit von Fortbildung, Beruf und Familie oder Finanzierungsmöglichkeiten betreffen, sollen abgebaut und so noch mehr Menschen für anspruchsvolle Aufstiegsfortbildungen im dualen System beruflicher Bildung gewonnen werden. So soll zugleich ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des Fach- und Führungskräftenachwuchses aus dem dualen System für Wirtschaft und Gesellschaft geleistet werden.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja</p> <table border="1" data-bbox="161 1254 1369 1590"> <thead> <tr> <th data-bbox="161 1254 1005 1310">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1005 1254 1369 1310">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="161 1310 1005 1355">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1005 1310 1369 1355">08.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1355 1005 1400">Kabinett</td> <td data-bbox="1005 1355 1369 1400">14.10.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1400 1005 1444">Bundesrat, 1. Durchgang</td> <td data-bbox="1005 1400 1369 1444">27.11.15</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1444 1005 1489">Bundestag, 1. Lesung</td> <td data-bbox="1005 1444 1369 1489">14.01.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1489 1005 1534">Bundestag, 2. und 3. Lesung</td> <td data-bbox="1005 1489 1369 1534">02.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1534 1005 1579">Bundesrat, 2. Durchgang</td> <td data-bbox="1005 1534 1369 1579">18.03.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1579 1005 1590">Inkrafttreten</td> <td data-bbox="1005 1579 1369 1590">08.16</td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	08.15	Kabinett	14.10.15	Bundesrat, 1. Durchgang	27.11.15	Bundestag, 1. Lesung	14.01.16	Bundestag, 2. und 3. Lesung	02.16	Bundesrat, 2. Durchgang	18.03.16	Inkrafttreten	08.16
Zeitplanung	Termin																		
Referentenentwurf	08.15																		
Kabinett	14.10.15																		
Bundesrat, 1. Durchgang	27.11.15																		
Bundestag, 1. Lesung	14.01.16																		
Bundestag, 2. und 3. Lesung	02.16																		
Bundesrat, 2. Durchgang	18.03.16																		
Inkrafttreten	08.16																		

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 88
			BMBF 1830020

Vorhaben

Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Mikroelektronik 2016-2020: Grundlage für die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft

Inhalt

Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, die Mikroelektronik in Deutschland zu stärken, weil diese systemrelevant geworden ist für die Zukunftsfähigkeit etablierter Branchen wie Automobilindustrie oder Maschinenbau. Nur mit einer starken Mikroelektronikindustrie können wir Zukunftsprojekte wie Industrie 4.0 und autonomes Fahren mitgestalten und dabei auch einen hohen Anteil der Wertschöpfung in Deutschland erzielen und halten. Deutschland ist stark bei Sensorik, multifunktionaler und energiesparender Elektronik und chipbasierter Sicherheit. Diese forschungsintensiven Technologien sind wesentlicher Baustein für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Deutschland insgesamt. Daher setzt das neue Programm auf Innovationspartnerschaften von der Grundlagenforschung bis zur elektronikgetriebenen Systeminnovation.

Die nationale Forschungsförderung setzt bei vorhandenen Stärken in Wissenschaft und Wirtschaft an und wird konsequent auf künftig systemrelevante Themen ausgerichtet (insbesondere: More than Moore, Co-Design von Hardware und Software, neue Anwendungen und Märkte, energiesparende Elektronik, chipbasierte Sicherheit). Die Forschungsförderung auf europäischer, Bundes- und Landesebene wird synergetisch miteinander verschränkt, sowohl innerhalb des Rahmenprogrammes als auch mit anderen Aktivitäten der Forschungspolitik.

Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein

Zeitplanung

Termin

Referentenentwurf
Kabinett

11.15
17.02.16

Anmerkungen

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 90 BMBF NEU 1830023										
<p>Vorhaben</p> <p>Bericht der Bundesregierung zum Deutschlandstipendium</p> <p>Inhalt</p> <p>Nach § 15 Stipendienprogramm-Gesetz (StipG) prüft die Bundesregierung nach Ablauf von vier Jahren, ob an allen Hochschulstandorten ausreichend private Mittel für Deutschlandstipendien eingeworben werden können oder ob Ausgleichsmaßnahmen zu ergreifen sind. Über das Ergebnis ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat zu berichten.</p> <p>Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein</p> <table border="1" data-bbox="161 1261 1369 1462"> <thead> <tr> <th data-bbox="161 1261 1018 1312">Zeitplanung</th> <th data-bbox="1018 1261 1369 1312">Termin</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="161 1312 1018 1350">Referentenentwurf</td> <td data-bbox="1018 1312 1369 1350">01.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1350 1018 1388">Kabinett</td> <td data-bbox="1018 1350 1369 1388">02.16</td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1388 1018 1426">Bundestag</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="161 1426 1018 1462">Bundesrat</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>Anmerkungen</p>				Zeitplanung	Termin	Referentenentwurf	01.16	Kabinett	02.16	Bundestag		Bundesrat	
Zeitplanung	Termin												
Referentenentwurf	01.16												
Kabinett	02.16												
Bundestag													
Bundesrat													

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 91 BKM 1845004
Vorhaben			
Novellierung des Kulturgüterschutzgesetzes			
Inhalt			
<p>Die Novellierung dient primär der Umsetzung der Richtlinie 2014/60/EU vom 15. Mai 2014 zur Rückgabe von unrechtmäßig verbrachtem Kulturgut. Die Richtlinie ist eine Neufassung der Richtlinie 93/7/EWG und soll die Rückgabe von Kulturgut innerhalb der EU vereinfachen. Mit der notwendigen Umsetzung der EU-Richtlinie soll zugleich der Schutz von Kulturgut in Deutschland vor Abwanderung ins Ausland, das Kulturgüterrückgaberecht nach UNESCO-Konvention von 1970 sowie die Umsetzung des 1. Protokolls der Haager Konvention von 1954 verbessert werden. Ziel ist es, ein einheitliches, den Kulturgutschutz stärkendes Gesetz zu schaffen.</p>			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: ja			
Zeitplanung		Termin	
Referentenentwurf		06.15	
Kabinett		11.15	
Bundesrat, 1. Durchgang		12.15	
Bundestag, 1. Lesung		02.16	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		06.16	
Bundesrat, 2. Durchgang		07.16	
Inkrafttreten		08.16	
Anmerkungen			

Vorhabendokumentation der Bundesregierung Stand: 19.01.2016	18. Legislaturperiode	Federführendes Ressort Datenblatt-Nummer	Seite 92 BKM 1845005
Vorhaben			
Gesetz zur Neuregelung des Bundesarchivrechts			
Inhalt			
<p>Umfassende Neustrukturierung, Straffung und sprachliche Überarbeitung des geltenden Gesetzes; zudem Neuerungen, die im Wesentlichen auf eine Anpassung an die Bedürfnisse der Informationsgesellschaft, die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit des Bundesarchivs im digitalen Zeitalter und die Entlastung der Bundesbehörden von IT-technischen Aufgaben bereits im Stadium der Zwischenarchivierung gerichtet sind.</p>			
<p>Begründung: Die zentralen Regelungsgehalte des geltenden Bundesarchivgesetzes, das aus dem Jahre 1988 stammt, wurden im Unterschied zur Archivgesetzgebung der Länder seitdem nicht wesentlich aktualisiert. Dadurch werden die Beantwortung aktueller Rechtsfragen sowie die Bewältigung künftiger Herausforderungen für das Bundesarchiv erheblich erschwert. Daher Ablösung des geltenden Bundesarchivgesetzes von 1988 durch eine konstitutive Neufassung.</p>			
Zustimmungsbedürftigkeit Bundesrat: nein			
Zeitplanung			
		Termin	
Referentenentwurf		05.15	
Kabinett		03.16	
Bundesrat, 1. Durchgang		04.16	
Bundestag, 1. Lesung		05.16	
Bundestag, 2. und 3. Lesung		06.16	
Bundesrat, 2. Durchgang		07.16	
Inkrafttreten			
Anmerkungen			